

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postzugang 2,97 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandabonnements 5,00 M.
pro Monat für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Berndstr.: Bündorf (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disc.-Gel., Depostent., Jerusalemstr. 65-66

GA.-Ueberfall in Halle.

Sturm auf Gewerkschaftshaus / Blutige Köpfe für die Angreifer

Halle, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Am Freitagabend unternahm eine Kolonne von etwa 100 GA.-Leuten einen überraschenden Ueberfall auf das Gewerkschaftshaus in Halle.

Die Wache der Eisernen Front, unterstützt von zahl-
reichen Gästen des Gewerkschaftshauses, warf sich sofort
den Angreifern, die mit Totschlägern und Schlaginstru-
menten bewaffnet auf das Haus vorstürmten, entgegen
und schickte die Puschken mit blutigen Köpfen zurück.
Von den Kameraden der Eisernen Front wurden vier
Mann leicht verletzt. Auch die Nationalsozialisten
hatten, soweit sich dies feststellen ließ, vier Verwundete,
darunter zwei schwerverletzte, die abtransportiert
werden mußten.

Aus einer Anzahl Orte des Saale-Gebietes wurde
einige Stunden nach dem Ueberfall der Zeitung der
Eisernen Front in Halle gemeldet, daß national-
sozialistische Kuriers in diesen Orten die SA-
und SS-Formationen alarmierten. Diese Meldungen
sind sofort an die Polizeibehörde von Halle weiter-
geleitet worden.

Die gestrige Verlustliste.

Fünfzehn Verwundete.

Bei den Zusammenstößen, die sich am Freitag im Reiche er-
eigneten, sind insgesamt 15 Personen verletzt worden. Die

schwersten Zusammenstöße fanden in Wallum (Rheinprovinz)
statt, wo bei einer heftigen Schießerei fünf Personen durch
Schüsse verletzt wurden. Die übrigen Verletzten entfielen auf
Halle, Landslut und Koblenz.

Ein schmutziger Provokateur.

Nazi Hans Wittler handelt in Kommunistenmasse mit Pistolen

Der Neffe des Inhabers der Brotfabrik Wittler, der National-
sozialist Hans Wittler, hat sich bemüht, im Betrieb seines Onkels
einen nationalsozialistischen Stützpunkt zu schaffen.

Dieser Hans Wittler erschien vor kurzem in einem kom-
munistischen Verkehrslokal und bot dort Pistolen
zum Kauf an! Die Nazi-Partei wollte offenbar Beweise für die
Bewaffnung der Kommunisten konstruieren und ließ deshalb aus
ihren eigenen illegalen Waffenbeständen Pistolen zum Kauf
anbieten!

Die Kommunisten waren klüger als der nationalsozialistische
Provokateur, der sich als Kommunist maskiert hatte. Sie riefen die
Polizei. Gegen den Provokateur wurde Anzeige erstattet. Er ist
vom Landgericht III wegen unerlaubten Waffenbesitzes und wegen
des provokatorischen Verkaufsversuchs zu 6 Monaten Ge-
fängnis verurteilt worden.

An die Angestellten!

**Am 31. Juli entscheidet die Reichstagswahl über euer Schicksal.
Ihr entscheidet am 31. Juli über das Schicksal von Land und Volk.**

Die kapitalistische Wirtschaft ist ins Wanken geraten. Ströme
der Not durchfluten Deutschland, Millionen von Angestellten
und Arbeitern mit ihren Familien sind das Opfer von Gewinn-
sucht und Unfähigkeit der Kapitalisten geworden. Das Volk
hungert bei vollen Scheunen. Die Träger dieses versagenden
Wirtschaftssystems fürchten den Zorn der Notleidenden, denen
die Demokratie bisher Waffe im Kampf gegen Ausbeutung und
Unterdrückung gewesen ist. Zur Rettung eines versagenden
Wirtschaftssystems soll die Demokratie zerschlagen werden.
Die Schuldigen unserer Not, eine Handvoll Großkapitalisten,
finden in den Nationalsozialisten ihre willigen Sklavenhalter,
um den

Sturm der Entrechteten und Enterbten

auf den Kapitalismus abzuwehren. Millionen verzweifelter

Menschen, Tausende von Angestellten wurden von den Natio-
nalsozialisten an ihrer antikapitalistischen Sehnsucht gepackt,
sie dienten aber als Fußschemel, auf dem eine

Regierung des Monopolkapitalismus und Groß- grundbesitzes

zur Staatsmacht emporsteigen konnte. Alle sozialen Errungen-
schaften der Angestellten sind durch das „neue System“ in
höchste Gefahr geraten. Der nachkriegszeitliche „Wohlfahrts-
staat“ soll abgeschafft werden. Die Nationalsozialistische
Arbeiterpartei war bereit, neues maßloses Elend der Ang-
estellten, Arbeiter und Beamten, der Sozialrentner, Kriegsbe-
schädigten und Erwerbslosen um den Preis einer Uniform für
Terrorfreiheit in Kauf zu nehmen.

Das „neue System“ Papen-Hitler bringt den Angestellten:

- Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung unter Aufrechterhaltung hoher Pflichtbeiträge;
- Herabwürdigung von Rechtsansprüchen zu würdelosen Almosen durch Bedürftigkeitsprüfung;
- Aushöhlung der Angestelltenversicherung und Kürzung der wohlverdienenden Alters- und Invaliditätsrenten;
- Freiheit für Gehaltsabbau durch Nichtanwendung der staatlichen Verbindlichkeitserklärung;
- Gefährdung des Kündigungsschutzes und des übrigen Angestelltenrechts.

Die Zuspitzung im wirtschaftlichen Ringen zwischen Kapital
und Arbeit hat auch politisch eine

Klärung der Fronten

gebracht. Die bürgerlichen Mittelparteien sind geschichtlich
überwunden. Zum 31. Juli stehen sich nur zwei Fronten
gegenüber:

Demokratie und Sozialismus gegen Kapitalismus und Faschismus.

Alle Versuche der bürgerlichen Angestelltenverbände, in
Unternehmerpartei Angestellteninteressen vertreten zu
wollen, sind endgültig gescheitert. Der Deutschnatio-

Handlungsgehilfen-Verband hat sich deshalb resigniert von
diesem Wahlkampf zurückgezogen. Es ist

kein Raum zwischen den Klassen.

Die freien Gewerkschaften ringen bei dieser Wahl mit einem
innerlich unwahren Nationalismus. Eine falsch verstandene
Wirtschaftspolitik der Absperrung bedeutet Armut des Volkes.
Armut ist auch das Ergebnis der kapitalistischen Krise.

Rettung des Kapitalismus aber heißt Verewigung und Steigerung der Armut.

Nur auf dem Boden einer sozialistischen Planwirtschaft sind
politische Freiheit und soziale Rechte auf die Dauer verbürgt.
Der Tag für den Umbau der Wirtschaft und die Zeit eines
Gegenwartssozialismus sind gekommen.

**Verbrüderet euch in der Eisernen Front mit allen schaffenden Volkskräften zum
Einheitsblock der Arbeit. Sprengt die Ketten, schlägt die Reaktion.**

Wählt Sozialismus und Demokratie und ihr seid frei!

Berlin, im Juli 1932.

Der AIA-Bundesvorstand.

Takt in der Politik.

Bemerkungen zu einer unerfreulichen Episode.

Von Prof. Dr. Ferdinand Tönnies-Kiel.

Man darf wohl erwarten, daß diejenigen, die es angeht,
dem berühmten Verfasser, dem Ullmeister der deutschen So-
ziologie, für seine wohlgemeinten Lehren dankbar sein
werden! Red. d. V.

Was der Takt bedeutet im sozialen Leben überhaupt,
kann uns nur die Erfahrung lehren. Denn oft erfahren wir,
daß mit einem glücklichen, vollends mit einem feinen Takt,
viele Schwierigkeiten gelöst werden, besonders solche, die
aus den Verschiedenheiten der sozialen Stellung, also des
Ranges, des Vermögens, sogar der Klugheit und Bildung
entspringen. Noch mehr aber erfahren wir in dieser Hinsicht
negativ: der Mangel an Takt ist oft verhäng-
nisvoll. Und er läßt sich allzuoft beobachten im Ver-
halten der Höhergestellten zu denen, die weniger sind oder
weniger vorstellen als sie. Jene verletzen und kränken oft,
ohne es zu wollen, ihre Mitmenschen, von denen sie meinen,
daß sie durch jede Art einer nicht unfreundlichen Anrede sich
geehrt fühlen müssen, oder daß sie das Boshafte und Ver-
ächtliche ihrer Redeweise und ihres Tones nicht merken, weil
sie eben einfache Leute seien. Die größten Irrtümer werden
in dieser Hinsicht von Herren und Damen begangen, die sich
ihrer überlegenen Bildung sicher fühlen und durch mangel-
haften Takt sich auszeichnen.

Wir hatten einen Monarchen, der mit Geistes-
gaben nicht übel ausgestattet war und ohne Zweifel den
guten Willen hatte, nicht ohne Weisheit zu regieren, auch
schon als guter Christ eines gewissen Wohlwollens für sein
Volk und besonders für die Leidenden, die Armen sich fähig
und sicher fühlte. Aber er ermangelte des Taktes beinahe
gänzlich. Er wurde in Europa verrufen durch seine Takt-
losigkeit, und auch mancher aufrichtige Verehrer seiner
Person und seiner kaiserlichen, auch königlichen Majestät hat
ihm in Gedanken zugerufen: O, wenn du geschwiegen hättest!
Einmal schien sogar eine Krise seiner Regierung aus einer
Reihe von Taktlosigkeiten, die plötzlich offenbar wurden, her-
vorzufragen. Sein leitender Minister ließ sich von ihm das
Versprechen geben, eine gute Weile zu schweigen. Kurze Zeit
hat er es ausgehalten, dann wurde er rückfällig und seine
Taktlosigkeiten nahmen weiter ihren Lauf. Ob und wie sie
zu seinem Sturze beigetragen haben, kann im einzelnen noch
nicht nachgewiesen werden. Wenn Taktlosigkeiten
meistens in Worten geschehen, so gibt es doch auch Takt-
losigkeiten in Handlungen, und die Ueberschreitung der
holländischen Grenze, die im Volk allgemein als „Fahnen-
stich“ gedeutet wurde, war in Wirklichkeit vielleicht nur eine
neue große Taktlosigkeit.

Haben wir heute ein Kabinett der Taktlosig-
keit? Eine Taktlosigkeit haben die Ratgeber des
Reichspräsidenten allerdings sich zuschulden kommen lassen,
als sie ihn bewogen, aus den Trümmern der Deutschnatio-
nalen Partei eine Regierung zu bilden, die ihrem Wesen
nach eine nationalsozialistische Regierung ist in sadenscheinigen
deutschnationalen Kleidungsstücken. Eine Taktlosigkeit
war es, daß diese Regierung mit einer Erklärung sich ein-
führte, in der sie den Wohlfahrtsstaat verspotten zu sollen
meinte: angehts unerhörter Notstände, denen die vorige
Regierung auf Kosten einiger hilfsbedürftiger und unfähiger
Grundbesitzer abzuwehren eben beflissen war. Der diese Er-
klärung verfaßt hat, dürfte eine dünne Rotz in einem alten
Kollegienheft gefunden haben, das einem jener ehemaligen
Professoren nachgeschrieben war, die nach den Liberalismus
des Gehen-Lassens und Geschehen-Lassens hochhielten, dem
damals auch im Sinne des Nichts-als-Freihandels die Ge-
lehrten der Landwirtschaft freudig huldigten. Leider macht
manches, was zu seiner Zeit durchaus ernst genommen
ward und es verdiente, im Lichte eines späteren Tages
leicht einen komischen Eindruck. Eine Taktlosigkeit
war es von einem Minister des Innern, der einer Republik
zu dienen sich verpflichtet hat, zu bekennen, daß er nach
Wiederherstellung der Monarchie sich sehne und nur aus
Mitleid mit dem armen Volke, das einiger Schonung be-
dürfe, wolle er sich enthalten, unmittelbar auf die Gegen-
revolution hinzuwirken. Aus Mitleid möchte man unter-
lassen, die Reihe der Taktlosigkeiten aufzuzählen,
deren der Chef dieses Kabinetts zum Schaden der guten
Sache, die er ohne Zweifel im besten Sinne zu vertreten
wünschte und meinte, in Laufanne sich hat zuschulden
kommen lassen. Konnte er nicht vorher wissen, daß er durch-
aus ungeeignet war, einen taktvollen und in derselben Sache
schon erfahrenen und geschäftigen Mann wie Herrn Brü-
ning zu ersetzen? Wenn der Ausfall der preußischen Land-

tagswahlen den Ratgebern des Reichspräsidenten die Meinung eingab, der überwiegende Volkswille sei nunmehr „rechts“ gerichtet, hätten diese Barone nicht den guten Takt haben müssen, zu erkennen und zu erklären, daß keineswegs sie durch den Volkswillen, wie immer man dessen scheinbare Zeichen deuten möchte, gemeint waren; daß überhaupt die Wahl in Preußen keinen Grund gab, noch einmal — für die Wehrzahl zum viertenmal innerhalb weniger Monate — Bürger und Bürgerinnen im ganzen Reich an die Wahlurne zu rufen, und daß die von oben geschehene Wahl in Verbindung mit den Taten dieses neuen Kabinetts nur geeignet war, eine tiefe Verstimmung hervorzurufen. Hat denn die Reichsverfassung ohne guten Grund die Wahl regelmäßig für vier Jahre gelten lassen wollen? Ist denn die Hakenkreuz-Partei nicht schon viel zu stark vertreten gewesen durch 110 Abgeordnete, die ihr Mandat dadurch ausübten, daß sie davonliefen?! —

Ein Kabinett der Taktlosigkeit kann nicht lange bestehen und wird niemand zur Ehre, geschweige zum Ruhme gereichen. Es wird eine der unerfreulichsten Episoden in der kurzen Geschichte der deutschen Republik bilden, zumal da es mit dem Geiste, wenn nicht mit dem Buchstaben der neuen Reichsverfassung in Widerspruch steht. Seine Bildung sollte dem heiseren Geschrei derer genug tun, die ohne einen Funken von politischem Verständnis sämtliche früheren Regierungen der gleichen Verurteilung unterwarfen: Regierungen, die sehr verschieden zusammengesetzt waren, zumeist aber aus Männern, die von verschiedensten Parteilagern stammend doch in gutem Willen übereinstimmten, dem Reich aus den ungeheuren Schwierigkeiten der Zeit emporzuhelfen, und innerhalb deren fast jeder einzelne an Geist und Fähigkeit mehr Garantien bot als je zwei zusammen von den neuernannten Herren: Garantien für ihre Fähigkeit, für ihren Verstand. Dies galt besonders für den, der an der Spitze jenes letzten Kabinetts stand und inmitten eines durchdachten Planes seiner Arbeit entrisen wurde, für den eben vorher noch die Präsidentenwahl dargetan hatte, daß er mit dem wiedergewählten Reichspräsidenten noch eine große Mehrheit der Nation auf seiner Seite hatte; entrisen wurde, weil unberufene Aushilfskräfte, von einem ausländischen Dilettanten angeführt, meinten, in seinem „System“ das ganze republikanische System zu stürzen und also die republikanische Reichsverfassung tödlich zu treffen.

Wäge jeder, der die Gegenrevolution und Wiederherstellung der Hohenzollern nicht will, diese Erkenntnis sich zu eigen machen und gemäß dieser Erkenntnis sich an der Wahlhandlung beteiligen. Er wird sich selber und seinen Klassen- oder Standesgenossen dadurch vielen Kummer ersparen — jenen Kummer, den immer diejenigen erleben, die nachher klug sind — wie Epimetheus in der griechischen Sage! —

Oblau.

Das Fememörder Heines die Polizeigetosi?

In Oblau in Schlesien scheint nach den letzten Vorgängen nicht mehr eine geordnete Staatsgewalt, sondern etwa der Herr Fememörder Heines zu regieren! Das „Berliner Tageblatt“ teilt folgenden Fall mit:

„Zur Illustration der Zustände in Oblau dient folgendes Vorkommnis, das sich heute vormittag während eines Telefongesprächs unseres nach Oblau entsandten Sonderkorrespondenten mit unserer Berliner Redaktion ereignete. Während unser Korrespondent in der Telefonzelle eines Oblauer Hotels mit Berlin sprach, wurde plötzlich die Tür zu der Zelle aufgeworfen und ihm von einem Manne der Hörer aus der Hand geschlagen.“

Fünf Polizisten mit Gummiknüppeln gingen gegen ihn vor, um ihm die Fortsetzung des Gesprächs mit Berlin unmöglich zu machen.

Offenbar war das Telefongespräch an irgendeiner Stelle abgehört und den Nationalsozialisten mitgeteilt worden, die ihrerseits mit unwarner Behauptungen die Polizei in Bewegung zu setzen verstanden. Auf dem Polizeirevier wurde unser Korrespondent, der sich selbstverständlich gehörig ausweisen konnte, vernommen und sofort wieder in Freiheit gesetzt. Auf Umwegen konnte er Oblau verlassen und von einer anderen Stelle aus den Rest seines Berichtes nach Berlin weitergeben.

Als das von dem Oblauer Hotel aus geführte Gespräch durch schreiende Zivillisten und die mit Gummiknüppeln bewaffnete Polizei unterbrochen worden war, wurde von unserer Berliner Redaktion erneut eine telefonische Verbindung mit dem Hotel hergestellt. Als wir nach unserem Korrespondenten verlangten, meldete sich eine männliche Stimme, die in schimpfendem Tone mitteilte, der Herr sei „langst abgeholt von der Polizei“, er habe „alles gelogen“ usw.; es folgten weitere Beschimpfungen wie „Lügenblatt“ usw. und erst das Auflegen des Hörers machte der Szene ein Ende.“

Wir nehmen an, daß das preußische Innenministerium diesen Vorfall sehr gründlich untersuchen wird! Der Eindruck läßt sich jedoch nicht verweihen, daß die Polizei auf das Kommando der Nazis hört!

Gegen die Gemeinheit!

Zum Schmutzantrag der Nazi-Landtagsfraktion.

Der „Tag“ des Hugenberg-Konzerns hat sich entschlossen, von der abgrundtiefen Gemeinheit der Nazi-Landtagsfraktion abzurücken. Er nennt den bekannten schmutzigen Antrag gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß eine Entgleisung, sucht aber zugleich den Eindruck zu erwecken, als ob so schmutzige Kampfmethoden Gemeingut der Linkspresse wären.

Wir brauchen uns gegen diese Unterstellung nicht zu verteidigen. Der „Lokal-Anzeiger“, die „Deutsche Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ unterschlagen bekanntlich nach wie vor den Brief Seegerings an Weiß und unterlassen es, von der Gemeinheit der Nazi-Landtagsfraktion abzurücken.

Miß Ellen Wilkinson, die Führerin der englischen sozialistischen Frauen, die am Dienstag beim Luftgarten-Aufmarsch eine Freiheitsfahne im Auftrage der englischen Frauen überreichen wird, trifft heute nachmittag um 16.47 Uhr am Bahnhof Zoo ein. Berliner Genossinnen und Genossen, namentlich Mädchen der Arbeiterjugend, die ihr den Willkommengruß anbieten wollen, treffen sich um 16.30 Uhr am Bahnhof.

Warnung vor Löffspikeln!

Laßt euch nicht in Kämpfe mit der Polizei hegen!

Bestimmte Umstände, auf die zurückzukommen wir uns vorbehalten, veranlassen uns, eine Warnung auszusprechen. Da und dort treiben dunkle Elemente ihr Unwesen, die es darauf anlegen, zwischen der Schutzpolizei und der Arbeiterchaft Zusammenstöße zu arrangieren. Die Arbeiter haben mit der Abwehr des Naziterrors wahrlich genug zu tun; sie haben gar kein Interesse daran, sich in der Schupo noch einen neuen Feind auf den Hals zu laden. Es ist im Gegenteil, soweit das immer nur angängig ist, besonders jetzt auf ein möglichst gutes Verhältnis zur Schupo das größte Gewicht zu legen. Wenn es in Einzelfällen durch nervöse oder parteiliche Offiziere zu Mißgriffen kommt, darf es an Kritik nicht fehlen und muß Remedur geschaffen werden, ehe das allgemeine Verhältnis zwischen der Polizei und der arbeitenden Bevölkerung Schaden erleidet. An der Schaffung einer allgemeinen Mißstimmung zwischen Arbeitern und Schupo haben nur die Nationalsozialisten ein Interesse.

Wer die Arbeiter in Kämpfe mit der Polizei hineinzuhegen versucht, ist — er mag in welcher Verkleidung immer, z. B. auch eines besonders radikalen „Kommunisten“, auftreten — ein brauner Löffspikel. Die politisch aufgeklärte und besonnene Arbeiterbevölkerung wird sich hüten, diesem Gesindel auf den Leim zu kriechen.

Ein rauher Kämpfer Hitlers.

Wo sich der „Blutzeuge der Idee“ seine Wunden holte.

Halberstadt, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Im „Illustrierten Beobachter“ vom 16. Juli befindet sich das Bild eines verbundenen Menschen in Hitleruniform. Der ganze Oberkopf einschließlich des rechten Auges ist verbunden. Unterschrift: „Ein Blutzeuge der Idee.“

Es soll also der Unschin erweckt werden, als handele es sich hier um ein Opfer des roten Terrors, um einen Verwundeten im Dienste

der Hitler-Idee. Tatsächlich ist der Mann auch bei dem Nazitreffen in Dessau als Held gefeiert worden.

Dieser Mann ist ein gewisser Elise aus Begeleben bei Halberstadt. Seine Verwundungen aber hat er nicht im Kampfe mit der Eisernen Front erhalten, sondern er wurde von den Frauen des sogenannten Siedenhofes in Begeleben mit Recht verdröschten, weil er sie mit ordinären Redensarten belästigte. So sehen die rauhen Kämpfer Hitlers aus.

Schlesische Kampfdemonstration.

Am Grabe des erschossenen Kameraden.

Breslau, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Unter ungeheurer Beteiligung der Breslauer Arbeiterorganisationen sowie der Ortsbewohnerchaft fand am Freitagnachmittag in der überwiegend sozialdemokratischen Gemeinde Klettendorf, Landkreis Breslau, die Beisetzung des Reichsbannerkameraden Tille statt, der am letzten Sonntag bei dem gemeinen Ueberfall der Nazis in Ranitz, Kreis Neumarkt, drei Schüsse in den Unterleib erhalten hatte. Tille war am Dienstag seinen schweren Verletzungen erlegen. Tausende von Menschen gaben dem gemeinhelsten Kämpfer für die Republik das letzte Geleit.

Bayerische Hiebe.

Die Landshuter Arbeiter wahren ihr Hausrecht.

Landshut (Bayern), 15. Juli.

Im Anschluß an eine überfüllte sozialdemokratische Versammlung kam es hier zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und provozierenden SA-Leuten zu einer schweren Schlägerei. Gartenstühle, Biergläser, Krüge und Dachziegel fanden als Waffen Verwendung.

Die Nationalsozialisten, die sich die Sache leichter vorgestellt hatten, wurden buchstäblich aus dem Garten hinausgeprügelt. Später griff die Polizei ein und räumte die umliegenden Straßen. Fünf Personen wurden verletzt, darunter auch zwei Polizisten.

Wo trägst du die drei Pfeile?

Wie, du hast sie zu Hause gelassen? Merke dir: das Freiheitszeichen ist kein Schmuck für deine Kommode, sondern du sollst es

sichtbar auf der Brust tragen, und zwar nicht nur bei Versammlungen, Kundgebungen usw., sondern

alle Tage!

Hungerdiktator Hitler.

Fort mit der Hitler-Notverordnung!

Die nationalsozialistische Agitation drückt sich um klare Antworten auf die Fragen, die das Volk brennend interessieren. Sie bemüht sich, wieder einen Hehfeldzug gegen die Sozialdemokratie in Gang zu bringen, die alten Lügen vom Vaterlandsverrat der Sozialdemokratie wieder aufzuwärmen. Wir haben diese Lügen abgestraft, wie wir alle Nazilügen abstrafen! Wenn die Nazis aber glauben, uns mit ihrem Schwindel von der Behandlung der Fragen ablocken zu können, die für das deutsche Volk von schicksalshafter Bedeutung sind, so irren sie sich!

In diesem Wahlkampf geht es um die Verantwortung für das reaktionäre Kabinett der Barone,

um die Verantwortung für das Hungerdiktat, das dies Kabinett der Barone dem Volke auferlegt hat!

Diese Verantwortung können die Nationalsozialisten nicht von sich abwälzen! Deswegen hat Hitler noch kein Wort gegen das Kabinett Papen gesagt, deswegen hat Straßer sich geweigert, den Ueberwachungsausschuß des Reichstags einzuberufen, deshalb hat Goebbels angeordnet, daß über das Kabinett Papen nicht geredet werden dürfe!

Am 31. Juli werden die Nazis für ihren Volksoerrat zur Verantwortung gezogen! Dann wird abgerechnet mit dem Hungerdiktator Hitler und der Hitler-Notverordnung!

Für das Kabinett der Barone gilt die Parole

Papen finanziert
Schleicher regiert
Hitler diktiert!

Was er diktiert, ist Hunger und Entrechtung für die Arbeiterchaft!

Fort mit der Hitler-Notverordnung!
Fort mit der volksverräterischen NSDAP!

Auflösung des Thüringer Landtages.

Neuwahl mit den Reichstagswahlen verbunden.

Der Landtag von Thüringen beschloß am Freitagnachmittag bei Stimmabgabe der Deutschen Volkspartei und des Staatsparteilagers mit den Stimmen aller übrigen Abgeordneten seine Auflösung zum 30. Juli und zugleich damit die Zusammenlegung der Landtagswahl für den 6. Thüringer Landtag mit der Reichstagswahl auf den 31. Juli. Die Verrückung der Wahlordnung, die eine Zusammenlegung in so kurzer Frist ermöglichen soll, wurde dem Innenministerium überlassen.

Der Universitätsfandal.

Schärfster Protest der republikanischen Studenten.

Der Deutsche Studentenverband erklärt zu dem Konflikt um die Ehrenwache an der Berliner Universität:

„Das Angebot der republikanischen Studenten, an der Ehrenwache am Gefallenendenkmal teilzunehmen, blieb ohne jede Antwort. Noch immer stellen nur die Nationalsozialisten und andere Rechtsverbände allein die Ehrenwache für unsere gefallenen Kameraden. Diese einseitige Maßnahme wurde sogar in einer Proklamation des Senats als

„notwendiger und gerechter innerakademischer Sühneakt“

bezeichnet.

Die erneute Schließung der Universität kann sich der Deutsche Studentenverband sehr gut erklären, denn die Empörung über die einseitigen Anordnungen von Rektor und Senat ist unter den Studenten, weit hinausgehend über die Kreise des Deutschen Studentenverbandes, außerordentlich gewachsen.

Ein Teil des Universitätsgebäudes ist in ein Landsknechtlager umgewandelt worden.

Die „machthabenden“ Studenten haben sich derart aufgeführt, daß sie auf Beschwerden von Personal und Beamten zurechtgewiesen werden mußten.

Der Deutsche Studentenverband sieht sich gezwungen, die Öffentlichkeit auf diese beschämenden Zustände an Deutschlands größter Hochschule hinzuweisen. Nunmehr ist der Unschin erweckt, daß der Rektor die politischen Gruppen nicht mit der gleichen Objektivität behandelte. Der Deutsche Studentenverband hat gegen die nationalsozialistische Verleumdung Strafantrag gestellt und fordert mit aller Energie im Interesse von 15 000 arbeitswilligen Kommilitonen die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes bis an das Ende des Semesters, sei es unter Anwendung der allerstärksten Maßnahmen.“

Eine Erklärung Scheidemanns.

Der angeachtete Latifundienbesitz.

Philipp Scheidemann bittet uns um Abdruck folgender Zeilen:

Die Zahl der Forstbeamten aller Grade, die sich in jüngster Zeit bei mir um eine Stellung für meine „Wälder in Ungarn“ bewarben, wird immer größer. Um arme Teufel, die stellenlos sind, vor unnützen Ausgaben zu bewahren, lasse ich noch einmal — auch auf Wunsch vieler Vertrauensleute im Lande — kurz zusammen, was wiederholt vor früheren Wahlen (seit 1920) in der Presse festgelegt worden ist:

Alles, was von politischen Gegnern über meine Besitzungen geheim getuschelt, öffentlich geredet oder gar schwarz auf weiß gedruckt wird, ist (leider!) Schwindel von A bis Z. Ich besitze weder in Deutschland noch in der Schweiz, weder in Holland noch in Dänemark, weder in Schweden oder Norwegen, noch in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei, oder in irgendeinem anderen Lande der Welt, Pferde oder Automobile, Wälder oder Felder, Güter, Häuser oder Villen. Ich wiederhole frühere öffentliche Auslobungen in aller Form: wer derartigen Besitz, der angeblich mir gehört, irgendwo entdeckt, dem schenke ich ihn hiermit.

Wahrpruch des Kabinetts der Barone.

Dieser Wahrpruch des Kabinetts der Barone soll nicht untergehen:

Papen firmiert,
Schleicher regiert,
Hitler diktiert!

Das Wort sagt! Wenn das Kabinett der Barone weggesetzt sein wird, so wird in sechs Wochen dieser Wahrpruch alles sagen, was über das Kabinett der Barone zu sagen war!

Im Reichsinnenministerium fand am Freitag eine Referentenbesprechung mit Vertretern der süddeutschen Länder über die geplante Neuordnung im Rundfunkwesen statt.

SA. stiehlt Sprengstoff und fabriziert Bomben.

Mannheim, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Am Freitag verurteilte das Pirmasener Schöffengericht die Rastführer Eide und Berni wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu je 2 Jahren Zuchthaus. Der Rastkaufmann Hahn und der SA-Mann Ebenhausen erhielten 1 Jahr 6 Monate bzw. 1 Jahr Zuchthaus.

Die Angeklagten hatten im Herbst vorigen Jahres Sprengstoffbomben größeren Kalibers mit außerordentlich gefährlichem, hochexplosivem Sprengmaterial hergestellt, um sie für den Bürgerkrieg zu verwenden. Der Hauptangeklagte ist der Führer der Standarte Nr. 10, die sämtliche SA und SS der Pfalz umfaßt. Wertwürdigerweise war dieser Hauptangeklagte, der Kriminalkommissar Theodor Eide, zugleich stellvertretender Leiter des Sicherheitsdienstes der SA-Farben im Wert Ludwigsbafen. Er hatte sich das Sprengmaterial und die chemischen Stoffe aus dem Laboratorium der SA-Farben beschafft. Auch die Sprengkapseln und die Bleiröhre stammten zum Teil aus dem Wert. Da Eide ungehindert überall Zugang hatte, konnte er die Materialien leicht aus der Fabrik herauschaffen. Der zweite Hauptangeklagte ist der Vorgänger Eides in der Standartenführung in der Pfalz, der Kraftwagenführer Friedrich Berni.

Die Angeklagten sind durch die Untersuchung überführt worden und auch geständig. Sie erklären, daß sie die Sprengkörper vor allem zum Schutz bei der „legalen Machtübernahme“ der NSDAP gegen irgendwelche Angriffe verwenden wollten.

Hochspannung in Genf.

Wird ernsthaft abgerüstet oder ergebnislos verhandelt?

Genf, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Die Vertagung der Abrüstungskonferenz ist durch die neue franko-englische Entente zu einem vorläufigen Endkampf um die Behauptung der abrüstungsfeindlichen Positionen gegen den verstärkten Ansturm der auf greifbare Maßnahmen drängenden Länder gemorden. Es zeigte sich bereits wenige Stunden nach dem am Mittwoch gefassten Beschluß, daß der Optimismus des Büros verflüchtigt war. Jetzt ist die Situation gespannter und unsicherer denn je.

Zu der Entscheidung des Berichterstatters Benech sind von Deutschland sehr konkrete Erweiterungsvorschläge eingegangen, mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit einer Zustimmung, wenn in der abschließenden Resolution nicht die Gleichberechtigung aller Staaten und ziffernmäßig bestimmte Rüstungsbeschränkungen bzw. völlige Abschaffung der Militärflieger, der Tanks und der schweren Artillerie enthalten seien.

Rußland hat gleichfalls schriftlich erklärt, daß es keine Entscheidung annehmen könne, in der nicht mindestens noch zu den vorhandenen Vorschlägen enthalten sei: 1. quantitative Herabsetzungen aller Rüstungen um ein Drittel mindestens bei der ersten Etappe, mit Ausnahme der kleinen Länder und der durch Verträge abgerüsteten Staaten, 2. völlige Abschaffung aller Bombenflugzeuge und jeder Art von Tanks, 3. Begrenzung der schweren beweglichen Landartillerie auf höchstens 10 Zentimeter Kaliber und Herabsetzung des Kalibers der Kriegsschiffe entsprechend dem der Küstenartillerie, 4. Aufruf an das Büro, während der Vertagung praktische Vorschläge für die Anwendung des Prinzips der Herabsetzung um ein Drittel auf die Kriegsschiffe auszuarbeiten.

Auch Amerika drängt mit Italien zusammen stark auf weitgehende Berücksichtigung der Hoover-Vorschläge. Frankreich hat eine Gegenentscheidung ausgearbeitet, die jeder wirklichen Entscheidung auszuweichen sucht und England wünscht plötzlich eine private Staatsmännerbesprechung.

Wird Herriot in der Abrüstungsfrage einschwenken?

Paris, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Leon Blum hat im „Populaire“ der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Bruch zwischen Herriot und den Sozialisten nicht endgültig sei und der Ministerpräsident ihn vielleicht schon durch seine Haltung auf der Abrüstungskonferenz wiedergutmache, indem er dem Abrüstungsplan Hoovers zustimme. Im Gegensatz dazu glaubt der Genfer Berichterstatter des „Matin“ mit aller Bestimmtheit versichern zu können, daß Herriot an den Abrüstungsplänen Lardieus festhält.

Antwort Hendersons an den IGB.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in einem Telegramm an die Abrüstungskonferenz gefordert, daß endlich Ernst gemacht und zunächst der Hoover-Vorschlag auf Herabsetzung aller Rüstungen um ein Drittel bei Verbot des Luft- und Gaskriegs, der schweren Geschütze und der Tanks verwirklicht werde.

Konferenzpräsident Genosse Arthur Henderson hat darauf u. a. geantwortet, daß er dazu alles tun werde, was in seiner Macht steht, daß jedoch die Formulierung von Vorschlägen und die Fassung von Beschlüssen den nationalen Delegationen der Konferenz zustehe. Er erwähnt, daß allein vom 10. bis 13. Juni Telegramme aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Deutschland, Norwegen und Dänemark einkamen, ferner Petitionen aus Frankreich, Holland, der Tschechoslowakei und der Schweiz; 50 Postkarten, 20 Briefe und Denkschriften von 11 verschiedenen Organisationen in Dänemark und über 100 Petitionen aus Großbritannien. „Dies ist“, so heißt es in dem Schreiben, „nur ein Beispiel dessen, was in den letzten zwei Monaten sozusagen dauernd geschieht“.

Durch die Erklärung des Konferenzpräsidenten ist die ausschließliche Verantwortung der einzelnen Regierungen festgestellt.

Der Staatsgerichtshof hat entschieden.

Abberufung eines einzelnen Ministers aus geschäftsführenden Kabinetten nicht möglich.

Die von dem heftigen Landtagsabgeordneten Jung namens der nationalsozialistischen Fraktion des heftigen Landtags geführte Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Durchführung eines Landtagsbeschlusses, der die Abberufung des sozialdemokratischen Innenministers Leuschner forderte, ist vom Staatsgerichtshof abgewiesen worden.

Damit ist grundsätzlich entschieden, daß aus einem geschäftsführenden Kabinetten ein einzelner Minister vom Landtag nicht abberufen werden kann. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat sich im wesentlichen der Beweisführung der heftigen Staatsregierung angeschlossen.

Diese Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist von grundsätzlicher Bedeutung, da hiermit neben anderen Landesregierungen auch die preussische Regierung als rechtmäßig anerkannt ist.

Methode: Einstweilige Verfügung.



„Halt, was geht hinter diesem Vorhang vor?“
„Selbstverständlich...“

... gar nichts!“

Hakenkreuz-Carola von Wesselowen

Nazis und Osthilfeforrption. — Vom großagrarisches Wohlfahrtsstaat.

Eine Ueberprüfung der sich häufenden Fälle über Mißbrauch der Osthilfe ergibt, daß gerade Rittergutsbesitzer, die der Nationalsozialistischen Partei angehören und für diese in ihren Bezirken die Werbetrommel rühren, in beispiellose Korruptionsfandale verwickelt sind. Jeder dieser Stände wiegt hundertmal z. B. den Skatel-Fall auf. Man schimpft auf das System, scheut sich aber nicht, die Republik nach Strich und Faden zu betrügen. Die Allgemeinheit hat zu zahlen und, was das Schlimmste ist, die bäuerlichen Betriebe, die durch die Osthilfe gerettet werden sollen, warten vergebens auf Hilfe und sind dem Untergang ausgeliefert. Dafür nur ein paar Fälle.

Partei-genosse der Nationalsozialisten ist auch der Rittergutsbesitzer Ueber-Wintzen. Man kann schon sagen, daß es sich um einen prominenten Nazi handelt. Auch sein Sohn (Landwirtschaftskammermitglied) gehört der Nationalsozialistischen Partei an. 1931 veräußerte Ueber-Wintzen über ein realisierbares Vermögen, das zur Zeit auf ungefähr 4 Millionen Mark geschätzt wird. Trotzdem erfolgte im Frühjahr 1929 eine Umschuldung in Höhe von rund 80 000 Mark. Der billige Staatskredit war als Zinsgeschäft anscheinend zu verstanden. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß trotzdem die Herabgabe dieser völlig unnötigen Umschuldungshypothek erfolgte. Auch ein anderes Landwirtschaftskammermitglied, der Rittergutsbesitzer Lengnick-Neulappöhnen, Kreis Insterburg, hat sich von dem „verruhten System“ mit über 100 000 Mark unter die Arme greifen lassen.

Am tollsten ist aber der Fall der Rittergutsbesitzerin Carola Höpfer auf Wesselowen, Kreis Meko, die ebenfalls eingetragenes Mitglied der NSDAP ist. Diese Frau verstand es, als „Vorläufer“ auf eine Umschuldungshypothek öffentliche Gelder in Höhe von rund 400 000 Mark auf ihrem Besitz von 3500 Morgen zu investieren. Die Hypothek konnte infolge eines Formfehlers nicht ausbezahlt werden. 1931 kamen ihre Betriebe zur Versteigerung. Auf Grund des Formfehlers glaubte die Nazi-Carola, den Staat regresspflichtig machen zu können, und es ist ihr unter der „neu orientierten“ Osthilfe auch bereits gelungen, sich ihre persönlichen Ausgaben finanzieren zu lassen. Außerdem soll sie ihren Betrieb sogar zurückhalten. Zum Dank für die mit Arbeitergrößen bezahlte Reichshilfe erklärt sie aber, daß Arbeiter, die nicht der NSDAP angehören, aus ihrem Betrieb fliegen.

Der Rittergutsbesitzer Rihn auf Stobbenorth im Kreis Diepholz erhielt im August 1929 eine Umschuldungshypothek im Betrage von 85 000 Mark. Schon im Dezember war das Geld verloren und das Gut gelangte zur Versteigerung. Andere konnten sich etwas länger halten, wie der Graf von Kalnein-Rilgis, der für seinen 5000 Morgen großen Betrieb im Kreise Brehmisch-Opplau rund 200 000 Mark öffentliche Sanierungsgelder erhielt, dazu noch einiges aus dem Betriebsunterhaltungsfonds. Nach zweieinhalb Jahren war es auch hier mit der Herrlichkeit aus. Der Verlust an Hypotheken und Zuschüssen einschließlich der nichtgezählten Zinsen erreichte die Summe von 220 000 Mark. Die Landwirtschaft mußte den Betrieb übernehmen, da sich auf Grund des völlig verfallenen Wirtschaftszustandes kein anderer Käufer mehr finden ließ.

Auch ein Herr von Brangel im Kreise Gerbauen erhielt 1928 eine Umschuldungshypothek von über 300 000 M. für seinen 3000 Morgen großen Betrieb Waldburg und dazu noch aus dem Betriebsunterhaltungsfonds einen Zuschuß von rund 30 000 M. Nicht lange nach der Umschuldung erfolgte auch hier die Versteigerung. Der Verlust an diesem sanierten „Betrieb“ beläuft sich auf rund 350 000 M. Also auch hier ein völliger Ausfall der vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel. Jetzt plötzlich soll der Betrieb als „Siedlungsfähiges Objekt“ von einer Siedlungsgesellschaft erworben werden. Es müßten also erst Unsummen in einem hakenkreuzerischen Junker nachgeschmissen werden, ehe man die einzig vernünftige Sanierung, und zwar durch Siedlung, vornimmt.

Dies ist nur eine Auswahl der ostdeutschen Korruptionsjumpsblüten. Allein in der Provinz Ostpreußen sind von den unter dem Protektorat der Kreditauskünfte an 70 Betriebe, die eine Durchschnittsgröße von 1000 Morgen haben, ausbezahlten Umschuldungsgeldern 4 Millionen innerhalb eines Jahres und 3½ Millionen innerhalb 2½ Jahren nach der erfolgten Umschuldung restlos verloren gewesen. Dabei sind noch gar nicht die Mittel berücksichtigt, die diesen Betrieben außer den Hypotheken zur Betriebserhaltung als verlorene Zuschüsse erhalten haben. Es ist daher kein Wunder, daß die ungeheuren Mittel, die aus den Steuerkassen nach Ostpreußen zur Subventionierung der Landwirtschaft geflossen sind, die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft nicht bessern können, wenn sie in einer derartigen schamlosen Weise nur zur Bereicherung bankrotter Großgrundbesitzer vermandt werden.

Neue Anleihe für Deutschösterreich.

Deutschland demonstriert durch Stimmenthaltung gegen politische Bedingungen.

Genf, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat hat ein Protokoll beschlossen, in dem sich Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, die Schweiz und die Tschechoslowakei verpflichten, Deutschösterreich eine Anleihe von zusammen 300 Millionen Schilling auf 20 Jahre zu gewähren. Das geschieht unter bekräftigendem Hinweis auf das Sanierungsprotokoll von 1922 mit seiner Wiederholung des Anschlußverbots von St. Germain und Versailles. Außerdem werden zur Mitwirkung bei der neuen Ausgabendrucklegung nach Oesterreich der holländische Rost van Tonningen und als Berater bei der Oesterreichischen Nationalbank der belgische Finanzattaché in Berlin Frère entsandt.

Nach zustimmenden Äußerungen der genannten Mächte gab Staatssekretär Göppert-Deutschland

eine Erklärung ab, die betont, daß 1922, als jenes Genfer Protokoll beschlossen wurde, Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen ist. Die Reichsregierung sei nicht in der Lage, dem gegenwärtigen Protokoll beizutreten. Der Internationale Gerichtshof sei in den vorjährigen Beratungen über das Zollunionsprojekt Berlin-Wien keineswegs zu einmütiger Stellungnahme über die wahre Bedeutung dieses Protokolls gelangt. Die deutsche Regierung könne nicht an der Hilfsaktion für einen Staat teilnehmen, wenn die Aktion irgendwie politisch gebunden sei. Um

jedoch die Anleihe nicht zu verhindern, enthält sich Deutschland der Stimme, da der Beschluß einstimmig gefaßt sein muß.

Unter Stimmenthaltung Deutschlands wurde das Protokoll genehmigt. Da aus den 300 Millionen zunächst ältere Schulden gedeckt werden, erhält Deutschösterreich bar nur 100 Millionen Schilling, zum Teil in Auslandswaluta.

Im Finanzauschuß des Nationalrates in Wien hat für die Sozialdemokraten Dr. Otto Bauer die Annahme dieser Bedingungen, aber auch die Haltung der Reichsregierung scharf getadelt.

Schüsse am Sendeturm.

Vereiteltes Attentat auf den Langenberger Sender.

Langenberg, 15. Juli.

Der am Langenberger Sender stationierte Polizeiposten entdeckte gestern abend zwei Männer, die sich in verdächtiger Weise in unmittelbarer Nähe der Sendtürme zu schaffen machten. Auf den Anruf des Beamten ergriffen die beiden Männer die Flucht. Als der Polizeiposten daraufhin von der Schutzmannschaft Gebrauch machte, erwiderten die Flüchtenden das Feuer, ohne aber zu treffen. Ein Ueberfallkommando suchte mehrere Stunden lang das Gesinde erfolglos ab. Ob ein Anschlag auf die Sendtürme geplant war, ließ sich nicht genau feststellen. Der Beamte will jedoch gehört haben, daß einer der Verdächtigen von einer Zündschnur sprach. In der Nacht wurde ein Langenberger Kommunist verhaftet. Er bestritt jedoch, zu der fraglichen Zeit am Sender gewesen zu sein.

Eiserne Front gegen Hitler-Barone!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

152. Abt. Blankenburg. Sonnabend, 16. Juli, 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Lokal Pansegrau, Buchholz, Bahnhof-Ecke Pankstraße. „Die kommenden Reichstagswahlen.“ Referent Otto Meier, MdL.

Deutsche Tageszeitung. Sonntag, den 17. Juli, vormittags 10 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße 1—4. Veranstaltung der „Eisernen Front“. „Der 31. Juli ein Kampftag für Freiheit und Recht.“ Referent Erich Kuttner, MdL.

Niederschöneweide-Johannisthal. Montag, den 18. Juli, Demonstration der „Eisernen Front“. Abmarsch 18½ Uhr Johannisthal, Kaiser-Wilhelm-Platz. Ansprache des Genossen David Stetter.

17. Kreis Lichtenberg. Montag, den 18. Juli, 19½ Uhr, Kundgebung in der Aula der Schule Parkau, Lichtenberg, an der Möllendorffstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Siegfried Aufhäuser, MdL.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Montag, den 18. Juli, 15 Uhr, Frauentreffen im Sportrestaurant ehemaliger Exerzierplatz an der Schönhauser Allee. Ansprache des Genossen Karl Dressel. Rezitationen der Genossin Martha John.

Mittwoch, den 20. Juli:

4. Kreis Prenzlauer Berg. Umzug mit Schlußansprache auf dem Sportplatz Einsame Pappel, Cantianstr., 20 Uhr. „Wen wählen wir?“ Referent Max Heydemann, MdL. Treffpunkt zur Demonstration Arnswalder Platz.

7. Kreis Charlottenburg. Erwerbslosenkundgebung, 15 Uhr im Türkischen Zelt, Charlottenburg, Berliner Straße 58. „Für Arbeit und Brot!“ Referent Max Brintzer.

9. Kreis Wilmersdorf. Öffentliche Wahlkundgebung für alle freien Berufe und geistigen Arbeiter 20 Uhr in den Spichernsälen, Spichernstr. Referenten: Major a. D. Anker, Schriftsteller Robert Breuer, Pressechef des Polizeipräsidenten Dr. Haubach.

20. Kreis Reinickendorf. 20 Uhr im Strandschloß Tegel, Uferstraße 1, Wählerinnenkundgebung. Politisches Kabarett unter Leitung des Genossen Hans Bauer. Ansprache der Genossin Käthe Kern.

97. Abt., Neukölln. 20 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im Lokal Kelmke, Neukölln, Warthestr. 48. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Gottlieb Reese.

108a. Abt., Cöpenick. 20 Uhr: Öffentliche Kundgebung bei Seidler, Uhlenhorst, Mahlsdorfer Straße. „Der Entscheidungskampf der Arbeiterklasse.“ Referent Erich Ollenhauer.

151. Abt., Niederschönhausen. 20 Uhr im Schloß Niederschönhausen, Lindenstr. 11. Kundgebung: „Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse.“ Referent Genosse Flücht vom Gesamtverband.

Siemens-Schaltwerk. 16½ Uhr: Eiserner Front-Veranstaltung bei Vogel, Nonnendammallee 100. „Unser Kampf für Freiheit und Recht.“ Referent Dr. Otto Friedländer.

Deutsche Telefonwerke. 17 Uhr in der Schulaula, Skalitzer Straße 56, allgemeine Betriebsversammlung. „Sozialversicherung und Arbeitsbeschaffung.“ Referent Hermann Schlimme.

31. Abt., 16. Juli, 20 Uhr: Öffentliche Kundgebung auf dem Annplatz Schönflößer Straße. Redner: Georg Maderholz, MdL.

65. Abt., Staaken. 16. Juli, 20 Uhr: Politisch-satirischer Abend im Lokal Richter, Staaken, Spandauer Straße. Anschließend Tanz. Eintritt 30 Pf. einschl. Steuer und Tanz. Arbeitslose zahlen gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf.

7. Kreis Charlottenburg und 8. Kreis Spandau. 20 Uhr: Demonstration der „Eisernen Front“ in Siemensstadt Spandau, Charlottenburg. Treffpunkt der Charlottenburger Teilnehmer 17½ Uhr Gustav-Adolf-Platz. Treffpunkt der Spandauer Teilnehmer 15½ Uhr Berliner Chaussee am Zitadelleneingang. Die Parteimitglieder der Kreise Mitte und Tiergarten werden aufgefordert, sich an dieser Demonstration nach Möglichkeit zu beteiligen.

Donnerstag, den 21. Juli:

3. Kreis Wedding. 19½ Uhr: Fünf Wahlkundgebungen, und zwar: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42, Referent Kurt Anker. In beiden Sälen der Atlantiksäle, Behmstr. (am Bahnhof Gesundbrunnen), Referenten Ernst Hildebrandt und Christian Schumann. Im kleinen Saal der Pharus-Säle, Müllerstr. 142, Referent Karl Hetzschold. Im großen Saal der Pharus-Säle, Müllerstr. 142, Referent Hugo Heimann, MdR. Thema in allen Kundgebungen: „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“

7. Kreis Charlottenburg. 20 Uhr im Türkischen Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 53: Öffentliche Versammlung. Referent

Arthur Crispian, MdR. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“

11. Kreis Schöneberg. 19 Uhr: Treffpunkt zur Demonstration Friedenau, Lauterplatz. Anschließend Kundgebung im Bürgersaal des Rathauses Friedenau, Lauterplatz. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Kurt Heinig, MdR.

12. Kreis Steglitz. 19½ Uhr: Wahlkundgebung im Gymnasium Steglitz, Heesestraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referenten Anna Geyer und Otto Bach.

17. Kreis Lichtenberg. 19½ Uhr: Kundgebung in der Aula, Schlichtallee, Lichtenberg, an der Hauptstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Bernhard Göring.

20. Kreis Reinickendorf. 19½ Uhr im Lokal „Hubertus“, Schönholz, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Hermann Harnisch, MdL.

59. Abt., Spandau. 19½ Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im Lokal „Kiennadelschweiz“, Spandau, Pionierstraße 3 (Halle). „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Jockel Meier.

105. Abt., Oberschöneweide. Demonstration der „Eisernen Front“. Abmarsch 18½ Uhr vom Platz vor der NAG. Ansprache des Genossen Max Heydemann, MdL.

Anstalt Wuhlgarten. 20 Uhr bei Tempel, Lichtenberg, Gudrunstraße 7: Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Henry Drunsel.

Heil- und Pflegeanstalt Herzbergs. 20 Uhr bei Otto, Herzbergstraße 78: Eiserner Front-Versammlung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referentin Frida Gladosch.

Appell im Lustgarten!

Dienstag, den 19. Juli, um 20 Uhr

Die Eiserner Front marschiert zum Appell in drei Formationen von vier Antrittsplätzen aus im Lustgarten auf. Es marschieren hintereinander:

1. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
2. Hundertschaften der Sportorganisationen,
3. Hammerschaften der Gewerkschaften.

Der Lustgarten wird von der Schloßfreiheit entlang über die Schloßbrücke bis zur Kaiser-Wilhelm-Brücke abgesperrt. Der Anmarsch zum Lustgarten erfolgt über die Kaiser-Wilhelm-Brücke und über die Schloßfreiheit.

Für die Gesinnungsfreunde bleibt der Platz zwischen dem Dom, Museum und Kupfergraben frei. Der Zugang hierzu geht über die Eiserner Brücke und über die Friedrichbrücke.

Die Anmarschplätze:

Kreis Süden: Antreten 18.15 Uhr Fontanepromenade. Spitze des Zuges Urbanstraße. Marsch durch Urban-, Baerwald-, Prinzen-, Dresdener-, Roß-, Breite Straße, Schloßplatz, Schloßfreiheit, Lustgarten.

Kreis Osten: Antreten 18.15 Uhr Küstriner Platz. Spitze des Zuges Paul-Singer-Straße. Marsch durch Paul-Singer-, Kraut-, Holzmarktstraße, Schillingbrücke, Engelufer, Köpenicker Straße, Neue Jakobstraße und weiter wie Kreis Süden.

Kreis Norden: Antreten 18.15 Uhr Stralsunder Straße, Vineta-Platz. Spitze des Zuges Brunnenstraße. Marsch durch Brunnen-, Rosenthaler-, Weinmeister-, Münz-, Kaiser-Wilhelm-Straße, Lustgarten.

Kreis Westen: Antreten 18.15 Uhr Humboldthafen. Spitze des Zuges Invalidenstraße. Marsch durch Invaliden-, Hessische, Hannoversche, Elsässer Straße, weiter wie Kreis Norden.

Der Rückmarsch erfolgt in der gleichen Weise wie der Anmarsch.

Gaswerk, Insta, Kassierer, Neukölln. 15½ Uhr bei Schlunke, Neukölln, Bergstr. 98, Ecke Lahnstr.: Eiserner Front-Versammlung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Referent Max Brintzer.

Bezirksamt Neukölln. 20 Uhr im Städtischen Saalbau, Neukölln, Bergstraße 147: Wahlkundgebung der Hammerschaft des Bezirksamts Neukölln. Filmvorführung, Musikvorträge, politisches Kabarett.

Die tägliche Straßenschlacht.

S.A.-Überfall auf Reichsbannerleute.

In Wilmersdorf an der Ecke Holsteinische und Gänhelstraße spielte sich am Freitagnachmittag eine schwere Schlägerei zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten ab. Zwei Kommunisten erlitten Kopfverletzungen.

Die Gegner haben ihre Verkehrstotele unweit des Kampfplatzes. Es scheint, daß sich Kommunisten und Nazis gegenseitig einen „Besuch“ abstatten wollten und auf halbem Wege aufeinander trafen. Mit Hieb- und Stichwaffen gingen die Burken gegeneinander los, und erst als die Polizei eingriff, flüchtete der größte Teil der Täter. Ingselamt wurden fünf Beteiligte festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Auf der Monumentenbrücke in Schöneberg überfielen gestern nachmittag vier S.A.-Leute zwei jugendliche Mitglieder des Reichsbanners. Unter Drohungen hielten zwei die jungen Leute fest, während sich die beiden anderen an die Durchsuchung der Taschen der Überfallenen machten. Die Hitler-Banden hatten aber Pech, denn eine Schupo-Staffel hatte die Burken aus einiger Entfernung beobachtet, und im richtigen Augenblick griffen die herbeieilenden Schupo-Beamten ein. Das Nazi-Quartett wurde ins Polizeipräsidium gebracht.

Bahnhof Frankfurturter Allee ausgepumpt.

Aber keine Störung des Zugverkehrs.

Die Ueberschwemmungen in der Frankfurter Allee, die durch den Wolkenbruch in der Nacht zum Freitag entstanden waren und in deren Verlauf sich auch ein Stück der Uebahn gekippt hatte, hatten, wie mitgeteilt, zur Folge, daß das Wasser an verschiedenen Stellen über die Treppen der Untergrundbahnhöfe und durch die Schächte der Rotausgänge in den Tunnel selbst eingedrungen war, in dem der Verkehr aber nach Ansicht der B.B. zunächst nicht bedroht schien. Im Laufe des Tages sammelten sich diese Wassermengen in dem am tiefsten gelegenen Teil des Tunnels zwischen Strausberger Platz und Remeler Straße, so daß hier die Gleise allmählich auf eine Strecke von 200 Meter unter Wasser standen und die Höhe dieses unterirdischen Wasserpiegels sich durch anhaltenden Zufluß bedrohlich der Stromschiene näherte. Um 5 Uhr nachmittags, als das Wasser nur noch etwa 6 Zentimeter von der Höhe als die eigentlichen Gleise liegenden Stromschiene entfernt war, benachrichtigte die technische Leitung der Untergrundbahn die Feuerwehr, die alsbald an der betreffenden Stelle zwei Pumpen im Tunnel selbst einlegte. Durch die sofortige Inangriffnahme der Pumparbeiten konnte die Gefahr eines Kurzschlusses durch Berührung des Wassers mit den Stromschiene abgewendet werden. Die Pumpen der Feuerwehr, die 2 Kubikmeter Wasser in der Minute herausbeförderten, mußten allerdings stundenlang arbeiten, bevor die Ueberschwemmung beseitigt war. Der U-Bahnverkehr im Tunnel wurde trotz der Pumparbeit in vollem Umfange aufrechterhalten, nur mußten die Züge an der betreffenden Stelle langsamer fahren.

Todeskampf mit Wahnsinnigen.

Zwei Polizisten erschossen.

Riga, 15. Juli.

Auf dem Dünaufer im Rigaer Hafen kam es zwischen einem nur mit einem Badekostüm bekleideten Manne und der Polizei zu einer Schießerei. Der Mann, der mit einem Revolver bewaffnet war, ist anscheinend plötzlich wahnsinnig geworden, denn er stürzte sich ohne Ursache auf die im Hafen beschäftigten Arbeiter. Bei dem Feuergefecht wurden zwei Polizisten getötet und zwei verletzt. Der Wahnsinnige selbst brach tödlich getroffen zusammen.



Wochenende mit Juno!

Wer frohe Stunden an schönen Sommertagen voll auskosten will, muß

JUNO

zur Weggefährtin nehmen.

Gerade weil den Packungen weder Wertmarken, noch Gutscheine, noch Stickerien beiliegen, hat der Raucher die absolute Gewißheit,

in Juno beste Tabake in ausgeglichener Mischung bei vollem Format zu finden!



Zu Fuß durch den Spreewald

Eine Wanderung abseits vom Fremdenstrom

Mit dem Begriff des Spreewaldes ist für die meisten auch der einer Wasserfahrt verbunden. Alle Bilder, alle Filme zeigen die berühmten „Spreewaldkähne“, die langen, offenen, mit quer gestellten Bänken ausgerüsteten Rähne, die von dem Führer mit Geschick durch das Gewirr der Kanäle gelenkt werden. Man kann aber auch weite Strecken des Spreewaldes zu Fuß durchwandern und wird gerade dadurch einen tiefen Einblick in das Wesen der Landschaft und in die Arbeit der Bewohner erhalten.

Wir fahren mit der Borsiger Bahn bis Betschau (eventuell mit der Borortbahn bis Königsmusterhausen und von hier mit dem Fernzug weiter). Eine prächtige Chaussee führt über eine Strecke von 8 Kilometer zu dem ausgedehnten Gemeinwesen Burg. Zunächst ist wenig von der Wasserlandschaft des Spreewaldes zu sehen. Aber nach etwa 4 Kilometer überschreiten wir eine Brücke bei der Pauli'smühle, unter der die schnelle Rzhischofka strömt. Ein Schild verrät hier, daß wir im Kreise Colau sind. Bis Burg lernen wir dann noch eine ganze Reihe solcher kleinen, munteren Wasserläufe kennen. Die Siedlung Burg verfügt über einen ausgedehnten Landbesitz. Der ursprünglichen Wendeniedlung fügte der alte Friß die Kolonie Burg hinzu, die von Deutschen angelegt wurde. Neben Dorf und Kolonie finden wir noch die weitgehende Siedlung Burg-Kauper, die durch zahlreiche Einzelgehöfte gekennzeichnet ist. Kauper heißt Sandhügel, im Niederdeutschen „Berke“, aus der Ebene aufragendes Gelände, das zum Teil künstlich geschaffen wurde und das Haus gegen Ueberschwemmung schützte. Auch das Uferland ist im Laufe der Jahrhunderte künstlich erhöht worden. Wenn man Glück hat, kann man diese Arbeit auch heute noch beobachten.

Burg hat durch seinen Kirchgang, bei dem noch alte wendische Trachten gezeigt werden, seinen Ruf als Fremdenverkehrsort gefestigt. Im Alltag aber sind die Trachten fast gänzlich verschwunden. Kurz hinter der Kirche biegen wir links ab, kommen am Bahnhof der Spreewaldbahn vorbei und wandern auf guter Chaussee bis zu einem Wegweiser, der inmitten einer kleinen Grünanlage steht. Hier biegen wir rechts ab, wandern an dem Wirtshaus zum wendischen König vorüber bis zu einem Wegweiser, der rechts die Richtung zur Straupitzer Buchmühle zeigt. Nach einer guten Viertelstunde weist ein an einem Zaun (links) angebrachtes Schild in die Richtung zum Gasthaus Eiche, das

an der Großen Rutniga am Rande des Hochwaldes liegt. Der Weg führt nun durch Wiesengründe an primitiven Gehöften vorüber. Hier herrscht noch der Holzbau. Die Häuser erinnern an die in Ostpreußen zu findenden Holzbauten. Rähne ruhen auf hohen Gestellen, an den Schuppen sind Rehe und anderes Fischgerät zu finden. Beim Wirtshaus „Eiche“ lassen wir uns überlegen. Auf



Spreewaldhaus mit zur Reparatur aufgestellten Kähnen

herrlichen Hochwaldwegen, die allerdings nach langen Regenfällen zumweilen nicht leicht zu begehen sind, kommen wir zur Försterei Kannomühle. Von hier wählen wir den Weg zur Försterei Schützenhaus, biegen nach Norden zum Grobklaffisch, dem wir bis zur Jugendherberge „Zum Erlkönig“ in Alt-Zauche folgen, die der Stadt Berlin gehört. Von Eiche bis Alt-Zauche lernen wir den eigentlichen Spreewald kennen. Hier hat der Bauer noch nicht den Wald mühsam gerodet. Hier wachsen Erlen urwaldähnlich. Brücken, die sich hoch über die kleinen Wasserläufe spannen, leiten von einem Ufer zum andern. Selten wird die Einsamkeit geföhrt. Der Strom der Fremden mählt die bekannte Ochsentour von Bübbenau über Lehde und Veipe mit dem Boot. Von Alt-Zauche wandern wir nach der etwa 4 Kilometer entfernten Bahnhstation Alt-Zauche-Burglehn und treten von hier die Heimreise an.

Weglängen: Betschau—Burg 8 Kilometer; Burg—Gasthaus Eiche 8 Kilometer; Eiche—Erlkönig 7 Kilometer; Erlkönig—Bahnhof Alt-Zauche—Burglehn 4 Kilometer. Zusammen 27 Kilometer. Sollte die Wanderung auf zwei Tage verteilt werden, so ist Uebernachtungsmöglichkeit in Burg, Eiche und Alt-Zauche zu finden.

7 Personen vom Blich getötet.

Opfer des Unwetters in Ostpreußen und in Schlesien.

Königsberg i. Pr., 15. Juli.

Ueber der ganzen Provinz ist ein neues schweres Unwetter niedergegangen, das sich besonders im Südwesten ausgemittelt hat. Im Kreise Osterode (Ostpreußen) stehen zahlreiche Straßen und Keller unter Wasser. Der Blich zündete wiederholt und legte einige Gehöfte in Asche. In Tauensee wurde ein elfjähriges Mädchen vom Blich getötet. In Carolinenhof wurde ein Händler ebenfalls vom Blich erschlagen. Im Korridorgebiet in der Nähe von Bromberg wurde ein Besitzer mit seinem Sohn und seiner Witwenhelferin vom Blich getötet.

Glogau, 15. Juli.

Bei den schweren Gewittern, die gestern abend in dem nördlichen Teil des Kreises Glogau niedergingen, wurden in Altstrung zwei Dominicalarbeiter im Alter von 80 bzw. 84 Jahren vom Blich getroffen und getötet. Ein dritter Arbeiter kam mit dem bloßen Schrecken davon.

Gerichtsferien haben begonnen.

Am Freitag haben die Gerichtsferien begonnen; sie dauern bis zum 15. September. Während im Zivilprozessverfahren während der Gerichtsferien einschneidende Beschränkungen stattfinden, geht das Strafprozessverfahren unverändert weiter. In Meibitz machen sich die Gerichtsferien nur insofern bemerkbar, als die Zahl der Strafkammern und Schöffengerichtsabteilungen verringert ist und diese als Ferienkammern tagen. Im Gegenteil bringt sogar der Beginn der Gerichtsferien eine ganze Reihe großer Prozesse.

Am nächsten Dienstag wird vor der Ferienabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rofur gegen die Luther-Attentäter Dr. Roosen und Kertcher wegen gefährlicher Körperverletzung verhandelt werden. Wie erinnerlich hatte Dr. Roosen ein Revolverattentat auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther bei seiner Abreise vom Potsdamer Bahnhof zu den Verhandlungen in der Schweiz verübt, und der Mitangeklagte war in der Begleitung des Attentäters. Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Tage dauern. Am 29. Juli beginnt der Prozeß gegen das falschmünzerehepaar Salaban. Auch der große Beleidigungsprozeß gegen die „Angriff“-Redakteure wird noch in der nächsten Woche vor der Strafkammer zur Verhandlung kommen.

Beim Baden ertrunken.

Das Baden an verbotener Stelle hat gestern nachmittag wieder zwei Todesopfer gefordert. Bei Schmetterlingshorst ging der 22 Jahre alte Gerhard Wischniewski aus der Bergmannstraße plötzlich unter. Ausflügler hatten den Vorfall beobachtet, die Rettungsversuche waren jedoch ohne Erfolg. Einige Zeit später konnte die Leiche von der freiwilligen Feuerwehr geborgen werden. — Der zweite tödliche Badeunfall ereignete sich an der Brommybrücke in Südköpenick. Tagtäglich tummeln sich an dieser Stelle zahlreiche Badende in der Spree. Beim Durchschwimmen der Wasserstraße verlor der 27jährige Paul Willmer aus der Paul-Singer-Straße laufflos. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte den Verunglückten nach kurzer Zeit bergen, die Wiederbelebungsoeffnungen blieben erfolglos. Vermutlich hat W. einen Herzschlag erlitten.

40 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Laupheim (Württemberg), 15. Juli.

In Buch sind 40 Personen erkrankt, die von dem Fleisch einer toteschlachteten Kuh gegessen hatten, darunter 14 so schwer, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Das Fleisch des toteschlachteten Tieres war zum Teil für den menschlichen Genuß vom Fleischbehälter freigegeben worden.

28 Kreiswahllooschläge in Berlin. Für die Reichstagswahl sind für den Wahlkreis Berlin 28 Kreiswahllooschläge eingereicht worden. Wir wählen Liste 1 Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Krawall bei der Ihne-Auktion.

Sechs Habentkreuzler festgenommen.

Gestern nachmittag wurde eine der wertvollsten Villeneinrichtungen des Tiergartennotariats in der Viktorialstraße 12 versteigert. Besitzerin des Hauses ist die Frau von Ihne, die sich im besonderen Maße der Blinden angenommen hatte. Schon in den ersten Jahren des furchtbaren Wälderordens stellte Frau von Ihne ihr ehemals großes Vermögen für die bedauernswerten Kriegesblinden zur Verfügung. Frau von Ihne geriet in finanzielle Schwierigkeiten und schließlich blieb ihr nur noch die Villa mit ihrem wertvollen Kunstbesitz. Die Gläubiger drängten auf eine Zwangsversteigerung der Kunstschätze in der Ihneschen Villa. Bereits für Donnerstag war die Versteigerung angesetzt, in letzter Minute jedoch durch einen Beschluß, den Frau von Ihne beim Amtsgericht erwirkt hatte, abgesetzt worden. Durch die Gläubiger ist nun eine

Aufhebung des Beschlusses erreicht worden und gestern vormittag wurde die Versteigerung vorgenommen.

Es hatten sich zahlreiche Interessenten eingefunden. Gleich nach Eröffnung der Auktion kam es zu Krawallen, so daß die Polizei gerufen werden mußte. Einige Habentkreuzler hatten sich unter die Interessenten gemischt und als der Auktionator die ersten Gebote entgegennahm, begannen die Nazis zu lärmen und bombardierten die Käufer. Sechs Nationalsozialisten, die sich besonders wild gebärdeten, wurden von der Polizei festgenommen.

Wie wir weiter erfahren, ist die Versteigerung inzwischen ausgeblieben, da das Landgericht der Beschwerde der Frau von Ihne stattgegeben hatte. In der Beschwerde hieß es, daß die zum Teil sehr wertvollen Kunstgegenstände und Gemälde Gefahr laufen, verschleudert zu werden. Da inzwischen auch private Kreise Frau von Ihne ihre Hilfe angeboten haben, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Kunstschätze vor einer erneuten Auktion bewahrt bleiben.



Herr Johann von Schwarzach, in diesem Blick seinen Meister spürend, macht eine tiefe Verbeugung und setzt zum Sprechen an. Doch eh er das richtige Wort findet, muß er sich mehrmals räuspern. Die Antwort hängt ihm wie eine Klette im Hals.

„Majestät!“ sagt er schließlich mit einem tiefen Seufzer, „ich wüßte nichts, was die Stadt lieber täte, als dem königlichen Wunsch zu willfahren. Aber es ist leider unmöglich.“

„Wieso?“ fragt Sigmund rasch. Die Stücke sind nicht mehr in der Pfandkammer!

Die Sommerproben in des Königs Gesicht scheinen schwarz zu sein, so bleich ist er auf einmal geworden.

„Nicht in der Pfandkammer?! Was soll das heißen?“ Stodend klingt die Frage.

„Diese Nacht ist eingebrochen worden. Die Pfandstücke wurden gestohlen!“

Sigmund braucht Luft, so ist ihm die Antwort in die Herzgend gefahren. Er atmet mit offenem Mund, hart, in heftigen Stößen. Er spürt, wie ihm der kalte Schweiß auf die Stirn tritt.

„Das sind nette Zustände in Konstanz, muß ich sagen!“ Der Vogt nimmt diesen mit heiserer Stimme hingeworfenen Verlegenheitsatz als Angriff auf seine Amtsführung und setzt sich auf der Stelle zur Wehr.

„Ich kann mich nicht in hundert Teil zerhacken in einer Nacht! Ich kann nicht gleichzeitig bei den Barfüßern und bei der Pfandkammer sein!“ sagt er giftig. „Es war sowieso eine tolle verhegte Nacht. Doch so viel ist sicher, bevor das Konzilium in unseren Mauern lag, haben wir ehrlichere Zeiten gehabt!“

„Das mag wohl stimmen!“ pflichtet der Bürgermeister bei und zieht zum erstenmal am Bart.

Es wird still im Zimmer und bleibt es lange. „Wer ist der Dieb?“ fragt schließlich Sigmund, bloß um etwas zu sagen.

Bürgermeister und Vogt zucken die Achseln.

„Wir wissen es nicht“, sagt der Vogt, „noch nicht! Doch es ist so viel Gut gestohlen, goldnes Getüch, Barren und Münzmetall, daß es der Dieb nicht lange zu hehlen vermag. Sobald er das erste Stück verläuft, werden wir ihn haben!“

„Werden ist ein sehr entfernter Landstrich, Vogt! Solang zu warten, bis das Schiff von dort zurück ist, hab ich nicht Zeit. Höret, die Münsterglocken schlagen an! In einer Stunde soll die Sitzung beginnen. Bis dahin muß Rat geschafft sein. Mit leeren Händen kann ich nicht zu Stuhl sitzen!“

„Es ist nur einer, der vielleicht Rat weiß!“

„Wer?“ fragen König und Bürgermeister einmündig. „Goldschläger heißt er. Soll ich ihn holen?“

„Gewiß! Und sag ihm, wenn er mir binnen einer Stunde Reichsapfel und Szepter schafft, erfüll ich ihm jeden Wunsch, aber...“

„Aber?“ fragt gedehnt der Bürgermeister. „Geld darfs nicht sein!“

Der Vogt lacht. „Bei meinem Mann hängt auch ein „aber“ dran, Majestät!“

„Was für ein „aber“, Vogt?“

„Er ist ein Jude!“

„Mag er zehnmal ein Jude sein, Hauptsache ist, er reißt die Christenheit aus dem Dreck!“

25.

Als Hus, inmitten eines Föhnleins Gewappnetter, vom nachdrängenden Böbel umjohlt und umtobt, vorm Münster antkommt, muß er vor dem Hauptportal warten.

Da steht er nun, überhöht, allen sichtbar, auf den sandgrauen Staffeln, gleichsam Passagier eines steinernen Schiffes, umflutet, umbrüllt von einem Meer erhöhter, anbrandender Zuschauergeichter. Als armer, verräterer Jonas kommt er sich vor. Dies Meer, er weiß es, wird nicht Ruhe geben, eh es ihn nicht heruntergerissen hat von Bord und verschlungen.

Drunten, in Gottes Haus, hat das feierliche Hochamt begonnen. Fegen des Orgelspiels schallen heraus, dunkle Klängen, die als Flügel die hellen, flatternden Schreie der Kurrendungen tragen. Der Priester am Altar, Nikolas, Erzbischof von Gnesen, singt die Messe unserer lieben Frauen. Einer Fanfare gleich, so metallisch, schmettert seine Stimme über die Köpfe der Anstenden hin. Inbrünstig bestärmt er die Gottesmutter, diesem Konzilium durch ihre Fürbitte bei Gott die Gnade zu erwirken, das Repertorium zu überwältigen, das wider seine heilige Kirche aufgestanden ist.

Hus lachelt bitter. Die Kirche und ihr gesamtes Rüstzeug ist aufgeboden, die ganze weltliche Macht, um ihn, den einzelnen, armseligen Menschen zu zermalmen und in das Nichts zu schmeißen. Und dieser ungeheure Apparat der Kirche und der mit ihr vereinigten weltlichen Macht ist sich selbst nicht Fülle genug, sondern ruft auch noch Gottes Arme zu Hilfe. Die Arme jenes Gottes, auf den auch er sich stützt, von dem er hofft, die Gnade der Bewahrung zu erhalten.

Wenn er nur beten könnte! Wie gerne hätte er dem Mehopper beigezogen, um sich ein letztes Mal in das Wunder der Konsekration zu versenken! Aber gerade das ist ihm nicht gestattet. Wie ein räubiger Hund muß er hier auf der Schwelle liegen bleiben. Die Mysterien des Altarsakraments dürfen nicht durch seine Gegenwart entweiht werden; er ist ja ein Keher!

Wieder lachelt Hus. Es ist das Lächeln eines Menschen, der überwunden hat. Seine große Schlacht, die der Entscheidung, ist bereits geschlagen. In düsterer Zelle, in der Stille der Nacht, in Gesellschaft des Schmerzes, am Abgrund der Verlassenheit, in Stunden ohne Trost, das Herz überfallen von Angst und Verzweiflung, im Zusammenbruch, den Tod vor Augen, da hat er den Kelch der Bitternis und des Leids bis zum Grunde getrunken. Da hat er seinen Frieden mit Gott gemacht und sein Herz unterworfen. Da ist ihm die Gewieheit gekommen, daß Tat und Lehre sich decken müssen; daß es nur eines gibt: sich selbst zu opfern, mit dem eigenen Ich einzustehen für seine Ueberzeugung. Was jetzt noch folgen wird, sind nur Kämpfe der Nachhut. Krampfhaft Versuche Satans, Blendwerke; nun, ihn sollen sie weder erschrecken noch erschüttern!

Die Münsterportale öffnen sich. „Ite, missa est!“ klingt langgezogen vom Altar her des Erzbischofs Stimme.

Aber niemand folgte dieser Aufforderung, niemand geht; trotz der beendigten Messe verläßt kein Mensch das Kirchhaus. Im Gegenteil, als Hus hineingeführt wird, drängen noch Hunderte nach, so daß man meint, die quirlende Woge müsse die Domwände sprengen. Während die Wappner noch dabei sind, nordürftig Ordnung zu schaffen, betritt ein dickhäufiger, hartschraubender Bischof die Sprechkanzeln. Er hat einen gelben Zettel in der Hand, führt ihn recht nah an die Augen und perliest, immer wieder durch asthmatische Atemzüge unterbrochen, ein Dekret des Konzils, durch welches es männiglich befehlt, sich jedes Wortes, Lautes oder Geräusches zu enthalten, welches die Versammlung stören könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Havelpiraten bei Rehin. Einbrecherbande im Boot verhaftet.

Dem Rehiner Landjäger gelang es in Zusammenarbeit mit der Potsdamer Wasserschutzpolizei eine Bande von Berliner Wasserpiraten unschädlich zu machen, die bereits seit längerer Zeit serienweise Einbrüche in den Dörfern am Havelufer verübt haben. Es handelt sich um den Arbeiter Karl Frömming und den Chauffeur Erich Schmidt, beide aus Berlin-Charlottenburg, und den Schiffer Alfred Berger aus Berlin. Sie sind sämtlich verhaftet.

Dem Landjäger war im Schiffsdiel bei Rehin ein Segelboot aufgefallen, das dort bereits längere Zeit gelegen hatte und zu dem viele Fußspuren führten. Um das Boot zu untersuchen, rief er den Wasserschutz in Potsdam an, der sofort mit einem Schnellboot eintraf. Bei der Durchsuchung des Bootes wurde eine große Menge von Einbruchswerkzeug vorgefunden. Die drei vorgenannten Einbrecher wurden daraufhin verhaftet. Zahlreiche Keller- und Hühner- und Obstdiebstähle wurden ihnen bereits nachgewiesen.

Auf dem Lande fühlen sie sich!

Nazi-Filmstatisten spielen Krieg und terrorisieren die Bevölkerung.

Ein Naziüberfall auf sozialdemokratische Flugblattverfasser hat sich am Mittwochabend in dem Dorf Groß-Madonow im Kreise Teltow ereignet.

Sechs Genossen, darunter die Frau eines Bauunternehmers, die ein sozialdemokratisches Wahlflugblatt verbreiteten, wurden von einer Nazikolonnen, zum Teil in Uniform, tätlich angegriffen. Die Frau, die sich wehrte, wurde getreu der immer wieder von den Nationalsozialisten betätigten Mißachtung der Frauen von einem der Buryschen mit roher Gewalt am Arm gepackt und ihr die Flugblätter entzogen. Auf der Dorfstraße wurden sodann die geraubten Flugblätter verdrängt. Als abends der benachrichtigte Amtsvorsteher mit zwei Polizeibeamten erschien, um den Täter festzustellen, wurde er von der etwa 300 Mann starken Nazikolonnen bedroht und beleidigt. Die mißhandelte Frau hat den Täter unter einer Kolonne Filmstatisten erkannt, die geschlossen in den Gasthof Raul einmarschiert war. Als die Landjäger den Saal durchsuchten, war der Held durch eine Hintertür verschwunden.

Diese aus SA-Leuten zusammengesetzten Filmkolonnen filmten seit einigen Wochen in der Nähe von Groß-Madonow einen historischen Film „Lannenberg“, was zur Folge hat, daß diese Filmhelden auch Tag und Nacht in ihren Uniformen die Gegend unsicher machen, weil sie nun mal gewöhnt sind, „Krieg“ zu spielen. Die Filmgesellschaft sollte auf ihre Leute besser achten. Die Erregung in der Arbeiterschaft über diese Vorgänge ist ungeheuer. Daß es auf eine planmäßige Provokation der Arbeiterschaft abgesehen war, geht auch daraus hervor, daß noch nach Abzug der Landjäger eine Nazikolonnen aus Rangsdorf in geschlossenem Zuge und uniformiert zur „Verhütung“ anrückte.

Bankdirektor tot aufgefunden.

Der frühere Direktor der Wernigeröder Bank für Handel und Gewerbe, Michael, der für den Zusammenbruch seiner Bank verantwortlich gemacht wurde und seit dem Januar dieses Jahres verschwunden war, wurde jetzt auf den Elbwiesen bei Wolmirstedt

Hellseher treibt zum Wahnsinn Der Geisterbeschwörer in der Küche

Wegen eines Betruges, der wie eine Phantasiengeschichte aus dem wüsten Mittelalter anmutet, stand der Astrologe Meisenburg in Hannover vor dem Schöffengericht. Mit ihm eine ältere Kartenlegerin, die ihm bei seiner Tätigkeit Schlepperdienste geleistet hatte. Dieses ehrenwerte Paar hat das Kunststück zustande gebracht, einen Menschen durch Aberglauben buchstäblich in den Irrenjann zu treiben.

Ihr Opfer war ein 48-jähriger Angestellter beim Versicherungsamt in Hannover. Dieser Mann hatte vor einigen Jahren seine Frau verloren, mit der er in sehr glücklicher Ehe gelebt hatte. Da er sich der Toten innerlich verpflichtet fühlte und Gewissensbisse empfand, wollte er, bevor er eine neue Ehe einging, eine Karten-

legerin zu Rate ziehen. Als er der Kartenlegerin von seinen Gewissenskrüppeln Mitteilung machte, erklärte diese,

an der Sache sei der Geist der Verstorbenen schuld, der noch immer in der Wohnung des Beamten umgehe. Er möge sich nur vertrauensvoll an den Astrologen Meisenburg wenden, dieser werde schon dem Geist zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Tatsächlich schenkte der Mann, der eine äußerst beeinflussbare Natur ist, diesem Märchen Glauben und suchte den Astrologen auf. Dieser kam in die Wohnung, ließ ein Feuer aus trockenem Holz entzünden und als es plötzlich im Kochherd laut knallte, erklärte er, daß die wütende Frau auf diese Weise ihre jenseitige Existenz kundgebe. Vermutlich hatte der allwissende Astrologe diesen Warnungsschuß des Geistes dadurch bewirkt, daß er heimlich einen Knallkörper ins Feuer warf. Jedenfalls bekam es der Witwer sofort mit der Angst zu tun. Der Astrologe sprach ein Duzend geheimnisvoller Beschwörungen; dann erklärte er, er müsse die Geistaustreibung auf dem Friedhof fortsetzen.

Immer wieder erschien der Hellseher und teilte seinem Opfer mit, was er alles auf dem Friedhof getan habe. Die graufigen Schilderungen erschütterten die schwachen Nerven des Ehemanns so sehr, daß er von Zwangsvorstellungen befallen wurde. Man mußte ihn in eine Heilanstalt überführen und es dauerte Monate, bis man ihn von den grauenvollen Halluzinationen heilen konnte.

Das Gericht verurteilte den Geisterbeschwörer wegen groben Schwindels und Rückfallbetrugs zu drei Monaten Gefängnis. Die Kartenlegerin kam mit 20 Mark Geldstrafe davon.

Heute und morgen

liegen noch die Wählerlisten für die Reichstagswahl aus. Wer nicht eingetragen ist, verliert sein Wahlrecht. Darum in letzter Stunde: Versäumt nicht, die Wählerlisten einzusehen!

Wer verreist und am 31. Juli nicht in seinem Wohnbezirk anwesend sein kann, muß sich bis spätestens 29. Juli einen

Stimmschein besorgen!

in stark verwestem Zustand aufgefunden. Man nimmt an, daß Michael den Tod in der Elbe gesucht hat, und daß die Leiche vom Hochwasser auf die Elbwiesen getragen wurde, auf denen sie jetzt beim Grassmähen gefunden wurde.

Neuaufgabe des Klarek-Prozesses.

Das Ende des Klarek-Prozesses hat für die Berliner Staatsanwaltschaft noch keineswegs einen Abschluß ihrer Ermittlungen in dieser Sache bedeutet. Vielmehr bleiben für sie noch zahlreiche Fragen offen, über die demnächst Entscheidungen zu treffen sind. Es handelt sich einmal darum, was nun mit dem abgetrennten Verfahren gegen Max Klarek geschehen soll. Die Staatsanwaltschaft ist im Besitz eines Gutachtens des Professors Ringel, wonach Max Klarek wenigstens zeitweise als verhandlungsfähig zu betrachten sei. Dazu kommt die Tatsache, daß Amtsgerichtsrat Rehner in der Urteilsbegründung erklärt hat, die Stadtbankdirektoren wären wegen Untreue bestraft worden, wenn die Staatsanwaltschaft sie dieses Deliktes angeklagt hätte. Auf Grund des Offizialitätsprinzips könnte die Staatsanwaltschaft diese Anklage vielleicht noch nachholen und sie mit dem Verfahren gegen Max Klarek verbinden, so daß sich schon daraus eine Neuaufrollung des Klarek-Prozesses ergeben könnte.

Nazis mit den drei Pfeilen.

Aus unserem Leserkreis wird uns diese interessante Einzelheit aus dem Wahlkampf mitgeteilt:

Vor dem Gebäude der Firma Sarotti in der Germaniastraße in Tempelhof teilten in den letzten Tagen uniformierte, mit Abzeichen versehene Werber der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Flugblätter aus. Sie stießen bei der Arbeiterschaft auf wenig Gegenliebe und schritten deshalb gestern abend zu einer Massierung. Sie kamen in Zivil und hatten, um ihre Flugblätter an den Mann zu bringen, außerdem das Abzeichen der drei Pfeile angelegt. Sie werden eben gewußt haben: wir, die wir für die Verräter der Arbeiterschaft werden, kommen nur durch Lüge an die Arbeiterschaft heran. Es ist für die Kampfesweise der Nationalsozialisten bezeichnend, daß uns vom Arbeitsnachweis auf dem Belle-Alliance-Platz eine gleiche Meldung zugegangen ist.

Aber Lügen haben bekanntlich kurze Beine, und so wird auch dieser gemeine Trick den seit langem entlarvten Nationalsozialisten nichts nützen.

Volgel-Sportzeitschrift Berlin e. V., Abt. Einzelheftvertrieb. Regelmäßige Heftausgabe an allen Wochentagen, außer Sonnabends, von 19:15-21:15 Uhr, im Volgel-Schulgebäude, Hannoverische Str. 25-30, 2. Stock, Zimmer 10. Anfertiger, Fortbildungs- und Redaktionsstelle. Auch für Einzelhefte.



**REEMTSMA
SORTE**

» R6 « %M

*Doppelt
fermentiert*

48

ERKENNEN SIE SICH AN DEN NEUEN FOLGENDE ANSICHTEN DES TECHNISCHEN MUSTER-
BLEIBES IN ALTONA-SAHRENFELD HANNOVER. DIE LIEFERUNG IST ZUNÄCHST BESCHRÄNKT.
Der ungewöhnlich zarte und reine Charakter dieser Mischung beruht darauf, daß
sämtliche Tabake zweimal fermentiert werden. Die Mischung wird ausschließlich ohne
Mundstück hergestellt. Die Hauptbestandteile sind folgende Distrikte:
Djama, Levokop, Savas, Manti,
Aktara, Simgi, Alassak, Samkup.

Die Cigaretten sind weiter durch doppelte Fermentation und neue Fabrikations-
methoden, die speziell für diese Mischung entwickelt wurden, hergestellt. Die Mischung ist
aus dem besten Malabarabackstein.

REEMTSMA CIGARETTENFABRIKEN G.M.B.H. ALTONA-SAHRENFELD



Die Ernte des Erfüllungstanzlers Papen.

Der Pakt von Lausanne und die Wirtschaft / Von Fritz Naphta

Hoover hat gestern erklärt, Lausanne sei zwar ein reparationspolitischer Fortschritt, Amerika sei aber nicht gebunden. Während der Verhandlungen in Lausanne wurde mit Hitler in München ständig Verbindung gehalten. Schachls telegraphisches „Deavo“ an Papen hatte tiefere Bedeutung.

Herr von Papen, der, von Hitlers und Hugenberg's Gnaden in den Sattel gesetzt, auszog, um zu zeigen, welche Erfolge man für Deutschland heimbringen könne, wenn man an die Stelle der „morgensischen“ Verständigungspolitik die Tonart des starken Mannes setzt, ist als ein bescheidener Erfüllungspolitiker in die Heimat zurückgekehrt. Er hat die Erfahrung gemacht, daß man auf dem Parkett der internationalen Verhandlungen nicht mit den billigen nationalistischen Phrasen auskommt, mit denen der politische Freundeskreis dieser Reichsregierung seit Jahren im Innern die Politik von Hermann Müller, Stresemann und Rathenau verteufelt hat. Die Freude, die man auf diesem Gebiet anlässlich des Ausganges von Lausanne über die reuigen Sünder empfinden kann, darf aber nicht dazu führen, die außerordentlichen Schwächen des Ergebnisses von Lausanne zu übersehen, die nicht ganz zu trennen sind von der innerpolitischen Unfreiheit der Papen-Regierung.

Da sich durch den Pakt von Lausanne an dem seit einem Jahr bestehenden Zustand der Suspendierung der deutschen Reparationszahlungen unmittelbar nichts ändert, können auch günstige Rückwirkungen von Lausanne auf das Wirtschaftsleben nur von der psychologischen Seite her erwartet werden. Wenn der Pakt von Lausanne als ein neuer Meilenstein der internationalen Verständigungspolitik bald ratifiziert werden würde, so könnte mit der Forträumung des Steines der Reparationen, der den Weg zur Besserung bisher versperrte, die Bahn frei werden für weitergehende wirtschaftliche Verständigungen und psychologische Antriebe der Unternehmungslust. Leider muß man aber feststellen, daß sich der Pakt von Lausanne deshalb vorläufig nur als eine Vertagung der Schwierigkeiten auswirkt.

weil das Ob und das Wann der Ratifizierung in höchstem Maße unsicher erscheint.

Als Herr von Papen in Lausanne den schweren taktischen Fehler machte, durch das Hineinziehen politischer Beeftigungsforderungen, die er bald darauf wieder von der Tagesordnung zurückziehen mußte, die materielle Verhandlungsbasis zu verschlechtern, erschien es zunächst noch so, als ob ihm wenigstens die Beseitigung der unstrittigen Amerikklausel gelungen wäre. Der Sinn dieser Amerikklausel war die Betonung der Abhängigkeit der Herabsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen von einem entsprechenden Verzicht der amerikanischen Gläubiger gegenüber ihren interalliierten Kriegsschuldnern.

Der tatsächliche Zusammenhang zwischen den Kriegsschulden der europäischen Siegermächte an die Vereinigten Staaten und den deutschen Reparationen besteht von Anfang an und ist nicht durch Verschweigen aus der Welt zu schaffen. Die sozialistische und gemerkantile Internationale haben deshalb auch seit langem die Forderung nach Streichung der Reparationen und der interalliierten Kriegsschulden als die notwendige Maßnahme zur Vereinigung der Kriegstoten aufgestellt. Mit Recht ist aber von deutscher Seite die These vertreten worden, daß eine Streichung oder Herabsetzung der Reparationszahlungen, die auf der Erkenntnis der Zahlungsunfähigkeit der deutschen Wirtschaft beruht, an feineren Bedingungen geknüpft werden dürfe. Deshalb wollte man formal und rechtlich die Amerikklausel aus der Diskussion beseitigen.

Praktisch gelungen ist aber nur, daß die Amerikklausel in dem von Deutschland unterzeichneten Abkommen von Lausanne nicht enthalten ist. Sie ist aber nicht aus der Welt verschwunden.

Es zeigt sich sehr, daß die Amerikklausel nur aus dem offiziellen Pakt von Lausanne in das sogenannte Gentlemenagreement (Vereinbarung) der Gläubigerregierung verdrängt worden ist.

Die Gläubigerregierungen, England, Frankreich, Belgien und Italien, haben unter sich vereinbart, daß die Ratifizierung des Abkommens von Lausanne nicht vorgenommen werden soll, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erzielt sein wird. Falls diese befriedigende Regelung nicht erzielt wird, wird das Abkommen nicht ratifiziert werden. Es würde dadurch eine neue Lage geschaffen werden, und bei dieser Eventualität würde die rechtliche Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche werden wie vor dem Hoover-Memorandum.

Das heißt mit anderen Worten: wenn nicht ratifiziert wird, wird wieder der Young-Plan der Ausgangspunkt für neue Verhandlungen sein müssen. Es zeigt sich also, daß es in Wirklichkeit Herrn von Papen mit seiner Verhandlungsmethode, von den Verzicht auf die politischen Forderungen ganz abgesehen, keineswegs gelungen ist, die Amerikklausel praktisch auszuschalten und die Gefahr eines erneuten Rückgriffes auf den Young-Plan als Ausgangspunkt für neue Verhandlungen endgültig zu beseitigen. Unter den durch die Weltwirtschaftskrise und die Vorarbeiten seiner Vorgänger gegebenen Verhältnissen erscheint also der Erfolg des jüngsten Erfüllungspolitikers, Herr von Papen, noch bescheidener, als es im ersten Augenblick schien.

Diese Unsicherheit über die Ratifizierung von den Gläubiger-mächten ist der eine Faktor, der die günstige psychologische Wirkung, die vom Lausanner Abkommen hätte ausgehen können, hemmt. Der andere Faktor liegt in der Unsicherheit in bezug auf

die Ratifizierung dieses Abkommens in Deutschland.

Die Parteien, die hinter der Regierung des Herrn von Papen und seiner Freiherren stehen, Nationalsozialisten und Deutschnationale, schlagen gegen das von ihrem Vertrauensmann, Herrn von Papen, unterzeichnete Abkommen ungefähr die gleichen Töne an, die wir von dieser Seite her auch gegen alle früheren Vereinbarungen mit dem Charakter internationaler Verständigung gemohnt sind. Eine Ratifizierung von Lausanne bei Fortbestand der Regierung Papen-Schleicher ist aber ohne Zustimmung der nationalistischen Parteien, die diese Regierung repräsentiert nicht vorstellbar. Es müßte also entweder zu einem klaren Bekenntnis der Verlogenheit

des Befehrs dieser Kräfte der „nationalen Konzentration“ durch Zustimmung zum Abkommen von Lausanne kommen oder es müßte, wenn es dem Volksturm am 31. Juli gelingt, die Freiherrenregierung fortzusetzen, die Frage der Ratifizierung auf einer ganz anderen Regierungsbasis zur Diskussion gelangen.

Jedenfalls sind auch hier starke Unsicherheitsfaktoren, die die psychologische Wirkung eines Abkommens, das an sich einen großen Schritt vorwärts bedeuten könnte, hemmen. Ueberdies hat die Regierung mit ihrer Förderung der nationalsozialistischen SA und der Duldung der daraus erwachsenden ständig zunehmenden inneren Tumulte soviel Faktoren der politischen Unsicherheit selbst geschaffen, daß auch von ihnen die günstigen Wirkungen einer außerpolitischen Beruhigung auf wirtschaftlichem Gebiete leider völlig erstickt werden.

Man kann somit bei nüchterner Betrachtung an den Ausgang von Lausanne nur wenig Gegenwartshoffnungen knüpfen. Man kann vielmehr nur hoffen, daß trotz aller Schwierigkeit das Abkommen von Lausanne zum Ausgangspunkt künftiger besserer Gestaltungen werden kann. Ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden, ist natürlich nicht in letzter Linie

abhängig von der innerpolitischen Gestaltung in Deutschland.

Die Regierung Papen ist auf Grund ihrer innerpolitischen Bindungen vollkommen ungeeignet, die Ernte einer internationalen Verständigungspolitik für die deutsche Wirtschaft wirklich einzubringen. Lausanne kann, abgesehen von den Ratifizierungsschwierigkeiten, nur dann fruchtbar werden, wenn sich an den neuen Abbau der Reparationen die internationale Verständigung zur Beseitigung der Hemmnisse im Güter- und Kapitalverkehr unmittelbar anschließt. Die Tatsache einer Weltwirtschaftskonferenz, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben wird, bedeutet an sich noch nichts, wenn nicht die beteiligten Regie-

rungen mit dem energischen Willen zur Behebung der Wirtschaft durch Wiederherstellung von verstärktem Güterausgleich erfüllt sind.

Von Seiten Deutschlands, das nach seiner industriellen Struktur das allergrößte Interesse am Abbau der Handelshemmnisse hat, kann an diesem Ziele erfolgreich nur mitgearbeitet werden von einer Regierung, die frei ist von der einseitigen Vertretung der Interessen der großagrarischen Hochschulzögner, und die frei ist von dem Einfluß der nebelhaften und wirtschaftlich verhängnisvollen Theorien von Autarkie und Binnenwährung. Das heißt mit anderen Worten: von einer Regierung, die einen ganz anderen Kurs steuert als die Regierung Papen, die Regierung der preußischen Junker, die sich auf Nationalsozialisten und Deutschnationale stützen muß.

Wenn es nach einem politischen Kurswechsel in Deutschland zu einer wirklich fruchtbareren Auswertung von Lausanne kommen soll, so wird auch die mit dem Lausanner Abkommen verbundene Befreiung der Belegung über Reichsbahn und Reichsbank praktische Bedeutung gewinnen. Dann wird es darauf ankommen, im wirklichen Interesse der Wirtschaft, im wirklichen nationalen Interesse Reichsbahn und Reichsbank von den einseitigen Interesseneinflüssen, die sich bei ihnen, gestützt auf die internationalen Regelungen, geltend gemacht haben, zu befreien. Dann wird es darauf ankommen, die Handhabung dieser ungeheuer wichtigen Wirtschaftsinstrumente im Interesse der Gesamtheit durch die entsprechende Festigung des Reichseinklusses unter Demokratisierung ihrer Verwaltungen zu sichern.

Für alle diese Fragen der weiteren Auswirkungen des Abkommens von Lausanne ist ein entscheidender Faktor in Deutschland die Wahl am 31. Juli. Nur wenn es gelingt, an diesem Tage den Kräften der Reaktion und des Nationalismus durch den Aufstand der Wähler einen schweren Schlag zuzufügen und die Bahn freizumachen für eine vernünftige drucke Außenpolitik im internationalen Rahmen, nur dann wird in absehbarer Zeit die deutsche Wirtschaft aus dem Abkommen von Lausanne Nutzen können.

Halbjahrsbilanz des Außenhandels.

Ausfuhrüberschuß im ersten Halbjahr 540 Millionen Mark.

Im deutschen Außenhandel ist im Juni keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat eingetreten. Der seit Oktober vorigen Jahres andauernde Rückgang der Ausfuhr scheint endlich zu Ende zu sein. Die Ausfuhr hat sich gegenüber Mai etwas erhöht, wozu zu bemerken ist, daß in früheren Jahren regelmäßig im Juni ein saisonbedingter Rückgang der Ausfuhr festzustellen war. Man wird diese auffällige Erscheinung aber kaum als günstiges Zeichen ansehen dürfen; wahrscheinlich beruht sie auf der Unregelmäßigkeit der Außenhandelsbeziehungen, die durch die Abwehrmaßnahmen in den letzten Monaten herbeigeführt wurde.

Außenhandel im Juni (in Millionen Mark)

Warengruppen	Einfuhr	Ausfuhr (ohne Rep- und Rohstoffe)
1. Lebende Tiere	2,2	1,0
2. Lebensmittel und Getränke	128,2	11,3
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	176,1	75,6
4. Fertigwaren	57,9	355,9
Zusammen 1—4	364,4	443,8
5. Gold und Silber	25,6	64,5

Da aber auch die Einfuhr vom Mai bis Juni von 351 auf 364 Mill. Mark gestiegen ist, zeigt die Handelsbilanz im Juni einen etwas geringeren Ausfuhrüberschuß von 79 Mill. Mark als im Mai (87 Mill. Mark). Rechnet man die Reparationslieferungen — im Mai für 9,0, im Juni für 10,3 Mill. Mark — hinein, so stellt sich der Ausfuhrüberschuß im Juni auf 90 (im Mai 96) Mill. Mark.

Die Ausfuhr hat sich von 438 Mill. Mark im Mai auf 444 Mill. Mark im Juni erhöht. Auch hier ist Steigerung mengenmäßig (um 5 Proz.) stärker als wertmäßig (um 1,6 Proz.), weil die Durchschnittspreise bei der Ausfuhr um 3 bis 3,5 Proz. gesunken sind. Der größte Teil der Ausfuhrsteigerung entfällt auf die Fertigwarenausfuhr, die sich von 351 auf 356 Mill. Mark erhöhte. Im Juni vorigen Jahres betrug die Fertigwarenausfuhr noch 366 Mill., im Monatsdurchschnitt des Jahres 1931 615 Mill., des Jahres 1930 sogar 753 Mill. Mark. Unter den Fertigwaren hat zugenommen vor allem die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen und von Blech und Draht, abgenommen die Ausfuhr von Textilien, Forden und Läden.

Außenhandelsziffern Januar bis Juni (in Millionen Mark)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr		Ueberschuß	
		Warenverkehr	Rep- und Rohstoffe	Warenverkehr	mit Rep- und Rohstoffen
1928	7 206	5 846	317	- 1 359	- 1 042
1929	6 821	6 548	338	- 274	+ 109
1930	5 702	5 832	374	+ 129	+ 503
1931	3 806	4 518	250	+ 712	+ 962
1932	2 387	2 927	62	+ 540	+ 602

Im ersten Halbjahr 1932 ist sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahre um mehr als 37 Proz. zurückgegangen. Die Einfuhr sank von 3606 auf 2387 Mill. Mark, die Ausfuhr von 4518 auf 2927 Mill. Mark. Mengenmäßig zeigt sich aber ein starker Unterschied in der Entwicklung, weil die Preise sehr ungleichmäßig gesunken sind. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts sanken die Einfuhrpreise durchschnittlich um 26 Proz., die Ausfuhrpreise aber nur um 15,6 Proz. Daraus folgt, daß die Einfuhr ihrem Umfange nach nur um 15 Proz., die Ausfuhr aber dem Umfange nach um 26 Proz. zurückgegangen ist.

Der Ausfuhrüberschuß ist von 712 Mill. Mark im ersten Halbjahr 1931 auf 540 Mill. Mark im Jahre 1932 zurückgegangen.

Rechnet man die Reparations-Sachlieferungen hinein, so zeigt sich ein Rückgang von 962 auf 602 Mill. Mark. Unsere zweite Tabelle zeigt die starke Schrumpfung im Umfange des deutschen Außenhandels, die der stets schlechter gewordenen Beschäftigung der deutschen Gesamtwirtschaft entspricht. Da aber etwa ein Drittel der deutschen Industrie heute für die Ausfuhr arbeitet, da wir notwendig jede Denke zur Begleichung unserer Verpflichtungen ans Ausland brauchen, sollte die beste handelspolitische Behandlung unserer Kunden für jede Regierung eine Selbstverständlichkeit sein! Das Gegenteil geschieht aber!

Wie müssen die Regierung Papen am 31. Juli kürzen, wenn die Exportindustrie wieder mehr Leute beschäftigen soll.

Der Anflug der Margarinesteuer.

Ein Beschluß der niederrheinischen Handelskammern.

Der Steuerauschuß des Zweckverbandes der niederrheinischen Handelskammern wendet sich in außerordentlich nachdrücklicher Weise gegen den auch von uns rüchtillos bekämpften Plan, zugunsten des Butterablasses die Margarine durch eine Steuer zu versteuern. In der Entschließung heißt es:

„Eine Verteuerung der Margarine würde angesichts der geschwächten Kaufkraft gerade der Margarine verbrauchenden Bevölkerung keinen erhöhten Butterverbrauch herbeiführen, sondern lediglich den Verbrauch von Speisefetten zum Schaden der Volksgesundheit vermindern. Jede Drosselung des Margarineverbrauchs führt zwangswiese zu einem Minderanfall von Fettuchen und damit zur Verteuerung des gerade für die landwirtschaftliche Veredlungswirtschaft unentbehrlichen Futtermittels. Der Steuerauschuß des Zweckverbandes lehnt deshalb eine Sondersteuer auf Margarine mit aller Entschiedenheit ab und warnt angesichts der Kollage weiter Volksteile vor Maßnahmen, die nur schwere Schädigungen aller Beteiligten im Gefolge haben können.“

Endlich Nordwolle-Neugründungen.

Nach den Beschlüssen des Gläubigerausschusses werden die Wollgarnfabrik Tittel u. Krüger, Leipzig, und die Sternwollspinnerei Altona-Bahrenfeld in eine Gesellschaft, die Werke in Delmenhorst, Eilenach und Rühlhausen in eine zweite Gesellschaft eingebracht. Diese Regelung war erst möglich, nachdem die Bremer Sparkasse gegen Zahlung von 2,12 Mill. Mark auf ihre Forderung, die durch eine Grundschuld auf das Werk Delmenhorst gesichert war, verzichtete. Die Aktien der beiden Gesellschaften kommen in die Konkursmasse der Nordwolle. Wenn auch beide Gesellschaften im Betrieb und Verkauf völlig selbständig sein werden, so ist doch vorgelesen, daß die Aufsichtsräte beider Gesellschaften aus denselben Leuten bestehen. Den Vorsitz wird in beiden Aufsichtsräten Schmidt-Branden (früher Dresdner Bank, Berlin) führen. Es ist auch wohl an eine gewisse Personalunion in den Vorständen gedacht.

Weiter dürfte die Erhaltung der Hamburger Wollkammerei gesichert sein. Sie soll in eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Mill. Mark eingebracht werden. Das Kapital, von dem 1,5 Mill. Mark Aktien in die Nordwolle-Konkursmasse fallen, wird von den Wollkammereien Blumenthal, Döhren und Leipzig übernommen.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Wugen mit der herrl. erfrisch. schmerzenden „Chlorodont-Zahnpaste“, kreibe uns ein Kauser. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

